

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts
3 DM



Nr. 310

1. Dezember 1994

...tja, jetzt ist es schon Dezember und die Herbstdepressionen neigen sich dem Tiefpunkt entgegen. Vielleicht hilft als Gegenmittel der Gegen-Gipfel in Essen. Dort werden sich die ZWÖLF HERREN hoffentlich vor mehr als dem Regen schützen müssen.

Und bevor ihr dann auf die Kanaren abhaut, denkt dran, daß es noch welche gibt, die abhauen mußten und welche, für die das nicht drin war. Auch nach dem Prozeß tut Unterstützung not.

In der Zeitung sind drei Texte zu Antisemitismus drin. Der Text die "Reichsprogromnacht ..." ist geteilt. Der zweite Teil, mit dem Bezug zu heute, kommt in einer der nächsten Nummern (noch mal sieben Seiten). Die Auseinandersetzung mit einem Artikel aus der Özgür Ülke sollte auf keinen Fall als Ausrede für das Nichtverhalten der deutschen Linken zum Völkermord in Kurdistan herhalten. Eine Kritik an antisemitischen Tendenzen und an dem Konzept von Nationaler Befreiung, verhindert nicht den Kampf gegen den Staatsterror in der Türkei und der BRD.

Die Kabelbeißerinnen, die im Raum Kassel den Satellitenempfang gestört haben, halten euch für zu doof, die in dieser Nummer nachgereichte erste Seite (Kurzversion) ihres Schreibens mit dem Rest aus der vorletzten Nummer (308) zu kombinieren. So doof seid ihr aber nicht, oder ??

An die AntiFa's aus dem Harz: Wir finden euer Rechtshilfewochenende sehr gut, wußten auf Grund eures Schreibens aber nicht, ob wir es veröffentlichen sollen.

Hasta la victoria siempre, oder bis nächster Woche

calvin and hobbes

Ordner

- ★ Kritik an Positionen zu Dev Sol-Konflikt
- ★ Materialismus und Internationalismus - Auseinandersetzung über Positionen von Ward Churchill (AIM)
- ★ Grüße vom feministischen Frauentreffen an Irmgard Möller
- ★ FAU-IAA zu Osteuropa
- ★ fels Kurzaufruf nach Zittau
- ★ Plauener Prozeßinfo
- ★ Antwort der PDS Autonomen

Impressum

Herausgeberin:

Interim e. V.
Gneisenastr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

- S.3 Antisemitismus in Deutschland
- S.8 antinationaler Redebeitrag
- S.10 Özgür Ülke und der Antisemitismus
- S.13 Moabiter Antifas vor Gericht
- S.15 Antifa-Soli Bücher
- S.16 Demo-Aufruf nach Zittau
- S.17 Info zum Faschisten Hupka
- S.18 Schlammschlacht zu Antifa (M)
- S.19 Freiheit für Andreas und Karen
Türkei-Veranstaltung
- S.20 VS-Anwerbeversuch in Darmstadt
- S.21 Autonomiebegriff
- S.24 Kritische Theorie
- S.25 Anti-Porno-Aktion
- S.26 EU-Gipfel
- S.27 Rundreise von Organisationen aus d
USA
- S.29 Anarcho-Bibliothek in Mexiko
- S.30 Lesbendemo beim CSD
Kreutzigerstr.- Info

Ausschreitungen bei Demonstration in Potsdam

POTSDAM (dpa). Militante Anhänger der Potsdamer Hausbesetzerszene haben am Sonnabend Polizisten mit Steinen und Signalmunition angegriffen. Zwei Beamte wurden leicht verletzt, teilte die Polizei mit. Vier 17jährige seien vorläufig festgenommen worden. Die Randalierer beschädigten nach Polizeiangaben mehrere Einsatzwagen und Privatautos. Am Nachmittag hatten den Angaben zufolge etwa 250 Jugendliche in der Potsdamer Innenstadt bei einer nicht angemeldeten Demonstration

„bezahlbares Wohnen“ gefordert. Aus dem Demonstrationszug heraus seien Polizisten, die zur Absicherung des Potsdamer Weihnachtsmarktes eingesetzt waren, „massiv“ angegriffen worden. Die zum Teil verummten Jugendlichen hätten dann versucht, Straßensperren zu errichten, hieß es. Daraufhin hätten die Einsatzkräfte, die eilig auf insgesamt rund 200 Mann verstärkt worden seien, die Ansammlung unter Einsatz von Schlagstöcken aufgelöst.

Warnschüsse nach Steinwürfen auf Polizisten

BERLIN (ac). Nur durch Warnschüsse konnten sich gestern mittag zwei Polizisten in Hohenschönhausen einer Gruppe von Vietnamesen erwehren. Nach Polizeiangaben hatten die Zivilbeamten in der Wartenbergstraße mehrere Tragetaschen mit unversicherten Zigaretten entdeckt und sichergestellt. Auf dem Weg zum Wa-

gen wurden sie von drei Vietnamesen bedroht. Sie gaben sich als Polizisten zu erkennen, wurden aber mit Steinen beworfen. Die Beamten mußten hinter ihrem Fahrzeug Schutz suchen, die Angreifer ließen erst von ihnen ab, als jeder der beiden einen Warnschuß abgegeben hatte. Die Täter flüchteten in ein nahes Wohnheim.

DIE REICHSPOGROMNACHT, DIE SHOAH UND DIE KONTINUITÄT DES ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND

Am Abend des 9. November 1938 begann mit der Reichspogromnacht die wohl gewaltsamste *öffentliche* Demonstration von Antisemitismus in der Geschichte Deutschlands. Im Verlaufe des Pogroms wurden Hunderte von Synagogen in Deutschland und Österreich in Brand gesteckt oder demoliert, Dutzende Jüdinnen und Juden wurden getötet oder schwer verletzt, Tausende jüdische Geschäfte zerstört. Viele Juden und Jüdinnen wurden verprügelt und durch die Straßen gejagt. Die Feuerwehr griff nur ein, wenn Brände auf benachbarte Wohnhäuser übergreifen drohten, Hilfe für die verfolgten und verletzten Menschen gab es kaum. Mehr als 30000 jüdische Männer zwischen 16 und 60 wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

Es war der erste Pogrom seit dem Mittelalter in Deutschland und gleichzeitig der erste *moderne* Pogrom, weil er von den NationalsozialistInnen zentral organisiert, geplant und mit den Kommunikationssystemen des 20. Jahrhunderts gesteuert worden war. Vorwand für den Pogrom war die Ermordung eines drittrangigen Sekretärs an der deutschen Botschaft in Paris am 7. November durch den polnischen Juden Herschel Grynszpan gewesen, dessen Eltern am 27.10. von Deutschland nach Polen deportiert worden waren.

Die NationalsozialistInnen nutzten die Gelegenheit, die Deutschen als Opfer „jüdischen Terrors“ zu präsentieren. Die Nachricht vom Tod des Sekretärs erreichte die gesamte versammelte nationalsozialistische Parteiprominenz bis hin zu den kleinen Organisationsleitern auf einer Parteifeier zum Gedenken an den Putschversuch vom 9. November 1923. Goebbels ergriff die Initiative und hielt eine Rede, in der er „spontane“ Demonstrationen gegen »die Juden« erwartete, denen die Partei nicht entgegenzutreten dürfe. Die Botschaft war klar und verbreitete sich über Telefon und Fernschreiber in alle Teile des Reiches: Organisiert einen „spontanen Pogrom“, für den die Partei aber keine offizielle Verantwortung übernimmt. Der 9. November war der vorläufige Höhepunkt der systematischen Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, der sie seit dem 30. Januar 1933 ausgesetzt war. Mit Maßnahmen und Aktionen wie dem Boykott von jüdischen Geschäften am 1.4. 1933, wie der Herausdrängung aus staatlichen Ämtern und den Nürnberger Rassegesetzen 1935 („Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und dem „Reichsbürgergesetz“) machte der Nationalsozialismus zunehmend ernst mit der sogenannten »Lösung der Judenfrage«. Allerdings waren Angriffe auf Leben und Gesundheit bisher nur vereinzelt vorgekommen. Die »Judenfrage«

ging überwiegend ihren gesetzlichen Gang, die Bürokratie brauchte an den 'Volkswillen' nicht erinnert zu werden.

Von April 1938 an gab es eine Reihe von Verordnungen, mit denen die Regierung das gesamte jüdische Vermögen im Reich offenlegen und registrieren wollte. Damit sollte die 'Arisierung' des jüdischen Besitzes vorangetrieben werden. Dennoch wurde eine gewisse Ungeduld über den aus Sicht der NationalsozialistInnen immer noch zu großen Einfluß »der Juden« deutlich. Am 14. Oktober stellte der zuständige Minister Göring fest, daß „wir die jüdische Frage nun mit allen zu Gebote stehenden Mitteln lösen (müssen), weil sie (die Juden) aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden müssen“. Die Reichspogromnacht hat fraglos zu einer rascheren Enteignung der jüdischen Bevölkerung geführt. Aber diese materiellen Interessen reichten nicht aus, die besondere Grausamkeit in diesem Pogrom zu erklären. Gerade die spezifische Form von öffentlicher persönlicher Entwürdigung und Erniedrigung, der die Juden und Jüdinnen unterworfen wurden, zeigt, daß das Ziel in ihrer Entmenschlichung bestand. Sie wurden als Gruppe von sozialen Wesen buchstäblich zerstört. Die in der Folge auftretenden öffentlichen Anschuldigungen und Abstempe-lungen der Jüdinnen und Juden durch die deutsche Bevölkerung machten deutlich, daß sie zum Zerr- und Schrek-

kensbild des nichtmenschlichen Parasiten am deutschen 'Volkskörper' geworden waren. Dies war ein wesentlicher 'Erfolg' der Reichspogromnacht. „Die Depersonalisierung ...“, so der Historiker Ian Kershaw, „baute eine tragfähige Brücke zwischen der archaischen Brutalität des Pogroms und der rationalisierten 'Fließband-Vernichtung' der Konzentrationslager. ...Die »Endlösung« wäre nicht möglich gewesen ohne die allmähliche Ausschließung der Juden aus der deutschen Gesellschaft, die sich vor aller Augen abspielte, in ihrer legalen Form auf weitreichende Zustimmung traf, und die letztlich in die Entmenschlichung des Juden als Person mündete.“

Der Pogrom erregte in der ganzen Welt Abscheu und Empörung (u.a. kam es zu erheblichen Exporteinbußen), und auch viele Deutsche lehnten diese *öffentliche* und brutale Form des Antisemitismus ab. Die deutsche 'Kritik' konzentrierte sich dabei vor allem auf die vielen zerstörten Werte. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung akzeptierte Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung nur, wenn sie 'ordentlich' und nicht öffentlich stattfand. Die deutsche 'Volksgemeinschaft' verlangte nach dem nationalsozialistischen Rechtsstaat. Dieser ordnete dann auch die sofortige Beseitigung aller an jüdischen Geschäften und Betrieben entstandenen Schäden durch die Geschädigten selbst oder auf

lichen Aufklärung wurde in Deutschland die Idee der Nation völkisch konzipiert. Dabei entwickelten deutsche Humanisten die Vorstellung vom »arischen Mythos« schon im ausklingenden Mittelalter. Wesentlich war dabei, daß der Begriff des 'deutschen Volkstums' durch die Anknüpfung an die germanische Urzeit ein bestimmtes »Ideal des deutschen Menschen« konstruierte. Dabei wurde die »deutsche Einfalt«, von der man wohl schon vorher halb entschuldigend gegenüber den anderen Nationen gesprochen hatte, zu einem Stück nationaler Besonderheit, auf das Deutsche als Urvätererbe stolz sind.

Die deutsche Romantik des späten 18. Jahrhunderts war von einem leidenschaftlichen Protest gegen die Rationalität der bürgerlichen Aufklärung beherrscht. Im entschiedenen Gegensatz dazu konzipierte sie in den Dimensionen der Irrationalität, der Gemeinschaft und der Geschichte einen originär deutschen Volksbegriff. Das Schlüsselwort des romantischen Menschenbildes und Lebensgefühls war dabei der »Organismus«. Damit war eine den Zwiespalt von Natur und Geist überwindende Totalität, eine naturgegebene, lebendige Ganzheit gemeint, von der der Mensch sich nicht emanzipieren kann. Im Weltbild der Völkischen setzt das denkende Individuum den Organismus voraus, wird von ihm hervorgebracht und kann sich daher niemals völlig von ihm lösen; demzufolge war den Völkischen die Gemeinschaft, »das Ganze« im Gegensatz zum Individuum zentrales Anliegen, denn bei ihnen entanden in der Hingabe des Einzelnen an das Ganze die organischen Einheiten, die in sich homogen, nach außen aber höchst heterogen sind. Die Germanen waren für die Völkischen seit jeher bodenständig und über die »Einheit und Reinheit des Blutes« ein »natürliches Volk«. Dieses biologische 'Substrat' einer »Abstammungsgemeinschaft« war die Voraussetzung für die »Blut- und Bodenideologie«. Die angebliche Homogenität wird dabei in einem aggressiven Prozeß des Ausschlusses aller nicht zur »Blutgemeinschaft« Gehörender angestrebt, Rassenwahn und extremer Chauvinismus sind unmittelbar in der völkischen Konzeption enthält.

Dies mündete in einen Verfolgungswahn, der sich gegen eine als 'fremd' empfundene Bedrohung richtete (v.a. gegen 'die Slawen' und 'das Judentum', aber in der Vergangenheit auch gegen die angeblich verweichlichten romanischen Nationen). Der Wahn führte dazu, daß die Reihen dichter geschlossen wurden. Er ließ den Plan aufkommen, »Feinde« anzugreifen und zu vernichten, die zugleich imaginär und real waren; und zwar »Feinde«, deren bloße Existenz als Provokation empfunden wurde.

Und schließlich verallgemeinerten die Völkischen die unpolitische »Natürlichkeit« der einfachen Leute zu einem Merkmal des Ganzen. Der dadurch gewonnene Begriff des »deutschen Volkes« umriß keinen politischen Willen, sondern setzte auf Gefühl statt Verstand. Dem Begriff des »deutschen Volkes« war damit grundsätzlich der revolutionäre Stachel gezogen, der dem französischen Nationenbegriff anhaftete. Indem sich alle in diesem Lebens- und Gemeinschaftsgefühl wiederfinden und sich dadurch als die Totalität des 'Volkes' begreifen lernen, entwickelt sich die »unpolitische« 'Volksgemeinschaft', die die Führung den Herrschenden überläßt. Diese kulturell und staatsinstitutionell tradierte Einstellung der Deutschen führte zu einem ausgeprägten Untertanengeist, der schließlich sich selber der Nation völlig unterwarf und das »Deutschland über alles« verinnerlichte und damit andere unterwerfen wollte.

Dies waren die geistigen Grundlagen, mit denen sich die deutsche Nation konstituierte. Das völkische Denken trieb dabei den im Kapitalismus strukturell vorhandenen Antisemitismus immer weiter an, denn, wie der völkische Ideologe Rost 1907 feststellte, *„das jüdische Wesen ist eben dem deutschen völlig entgegengesetzt. ... Die deutsche Innigkeit, deutsches Gemütsleben, deutscher Glaube, deutscher Idealismus können mit jüdischem Sarkasmus, jüdischem Skeptizismus, jüdischem Materialismus keinen Bund eingehen“*. Zwar wurden Juden und Jüdinnen auch in anderen Nationen verdächtigt, die »Vaterlandsliebe« im Zweifelsfall hinter internationale verwandtschaftliche Bindungen oder Geschäftsbezieh-

- *die des europäischen Judentums*“ (Moishe Postone).

Der moderne Antisemitismus ist eine Ideologie, eine Denkform, die in Europa erstmals im späten 19. Jahrhundert, als die Ausbreitung des Kapitals bedeutsamer wurde, auftrat. Dieser Antisemitismus darf nicht mit dem alltäglichen anti-jüdischen Vorurteil, welches immer ein integraler Bestandteil der christlich-westlichen 'Zivilisation' gewesen ist, verwechselt werden. Nicht nur Ausmaß, sondern auch Qualität der »den Juden« zugeschriebenen Macht unterscheidet den Antisemitismus vom Rassismus. Während z.B. 'Schwarze' als »Untermenschen« gelten, und in der rassistischen Sicht vor allem in der Masse zu einer *potentiellen* Gefahr werden, sind »die Juden« im antisemitischen Weltbild »Übermenschen«, die gefährlicheren Feinde. Die ihnen antisemitisch zugeschriebene Macht wird als *wirklich* angesehen. Sie wird mit Attributen wie »mysteriöse Unfaßbarkeit«, »Abstraktheit« und »Allgemeinheit« umschrieben. Diese Macht erscheint im antisemitischen Weltbild gewöhnlich nicht als solche, sondern muß einen Träger finden. Die Quelle der Macht ist verborgen, sie wird als ungeheuer groß und schwer kontrollierbar angesehen. Sie steht hinter den Erscheinungen, ist aber nicht identisch mit ihnen. »Die Juden« stehen für eine unfaßbare internationale Verschwörung.

Im Weltbild des modernen Antisemitismus werden »die Juden« mit der raschen Entwicklung des industriellen Kapitalismus und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Umbrüche und Umstrukturierungen personifiziert und identifiziert. Die abstrakte Herrschaft des Kapitals verstrickt die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermögen, in Gestalt des »internationalen Judentums« wahrgenommen werden. Dieses »internationale Judentum« wird für die geheime Kraft hinter plutokratischem Kapitalismus und internationalistischem Sozialismus gehalten. »Die Juden« werden zugleich als Ausbeuter und als Revolutionäre angegriffen. Und darüber hinaus werden »die Juden«, wie Moishe Postone schreibt, *„als das wahrgenommen, was hinter dem »Asphaltdschungel« der wuchernden Metropolen, hinter der »vulgären, materialistischen, modernen Kultur« und generell, hinter allen Kräften, die zum Niedergang althergebrachter Werte und Institutionen führen, stehen. Die Juden stellen demnach eine fremde, gefährliche Macht dar, die die soziale »Gesundheit« der Nation untergräbt.“*

Die Tradierung dieser Weltanschauung ergibt sich nach Postone nicht zufällig

Die Unvergleichbarkeit der Shoah und das Besondere des modernen Antisemitismus

Der Nationalsozialismus führte verschiedene Herrschaftsideologien des Kapitalismus, wie rassistische und eugenische Aussonderung von als »Fremden« ausgemachten, »nicht Gesunden« und »nicht Leistungsfähigen« zur extremen Konsequenz des Massermordes an Roma und Sinti, an »unwertern Leben«, an Schwulen und Lesben und an »Asozialen«. Diese Verbrechen sind letztlich mit Leistungs- und Vernutzungskriterien verbunden, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise und deren Wertnormen und Ideologien ergeben. Dies erklärt nicht die Besonderheit der Vernichtung des europäischen Judentums. Solange der Antisemitismus als bloßes Beispiel für Vorurteil, Fremdenhaß und Rassismus behandelt wird, deren Opfer auch andere Gruppen gewesen sein könnten, wird die Unvergleichbarkeit der Shoah nicht deutlich. Charakteristisch für die Shoah war der verhältnismäßig geringe Anteil an Emotion und unmittelbarem Haß (im Gegensatz zum Pogrom vom 9. November). Die Vernichtung wurde von einer Bürokratie vorbereitet und umgesetzt, die in aller Regel nicht durch 'lautes Gebaren' auffiel. Es sind die planmäßige, technische und organisatorische Rationalität und die effiziente Verfahrensweise der TäterInnen, welche die qualitative Besonderheit der Vernichtung des europäischen Judentums ausmachen und den deutschen Nationalsozialismus von allen anderen, auch grausamen und terroristischen Gesellschaftsformationen, unterscheiden. Und: Die Shoah hatte keine funktionale Bedeutung. Für die Vernichtung waren weder militärische, noch außenpolitische, noch ökonomische Ziele ausschlaggebend. Die Vernichtung der Juden und Jüdinnen mußte nicht nur total sein, sondern war sich selbst Zweck: Vernichtung um der Vernichtung willen; ein Zweck, der absolute Priorität beanspruchte.

Das Selbstverständnis der ideologischen Mission, die Vernichtung des »gewaltigsten Gegensatzes zum Arier« (Hitler), blieb bis zur militärischen Niederlage des Nationalsozialismus bestimmend. »Militärisch verloren die Nazis den Krieg. Sie gewannen ihren Krieg, ihre »Revolution« gegen das europäische Judentum. Sie ermordeten nicht nur sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer. Es ist ihnen gelungen, eine Kultur zu zerstören - eine sehr alte Kultur

deren Kosten an Versicherungsansprüchen der jüdischen Bevölkerung verfielen. Als »Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit« verhängte Hermann Göring gegen sie eine Strafe von einer Milliarde Mark. Im offiziellen Reichsgesetzblatt hieß es dazu, daß »die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, (eine) entschiedene Abwehr und harte Sühne (erfordert)«.

Die Reichspogromnacht bedeutete für die Handhabung der Judenverfolgung durch die NationalsozialistInnen eine neue Qualität. In der Folge des 9. November wurde die vollständige Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus allen Zweigen der Wirtschaft und die Beschlagnahme ihrer Vermögen angeordnet. Eine Unmenge an Verordnungen drängte sie endgültig aus der deutschen Öffentlichkeit heraus, sie durften sich praktisch nirgends mehr aufhalten. Schon am 12. November drohte Göring den Juden und Jüdinnen die »endgültige Abrechnung« an, falls Deutschland in einen außenpolitischen Konflikt gezogen würde. Die Reichspogromnacht wurde zum Ausgangspunkt für die Deportationen und die Ghettoisierung der Juden und Jüdinnen. Schließlich endete die »Lösung der Judenfrage« in der industrialisierten Vernichtung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden in Auschwitz und anderen Todesfabriken.

Völkisches Denken und deutsche Nationenbildung

Warum aber gelang dem Nationalsozialismus und dem modernen Antisemitismus der historische Durchbruch gerade in Deutschland? Unserer Auffassung nach sind dafür zwei grundlegende Faktoren entscheidend. Eine wichtige Voraussetzung ist das beschriebene Denkgebäude des modernen Antisemitismus, das seine geistige Heimat vor allem in Deutschland hat, wenn es in seinen Wirkungen und Folgen auch keineswegs auf Deutschland beschränkt geblieben ist. Wesentlich ausschlaggebend ist die völkische Nationenkonzeption, die statt auf bürgerlicher Aufklärung auf »deutschen Idealismus« begründet ist. Der zweifache Griff

Deutschlands zur Weltmacht bildete den politischen Rahmen, in dem die oben genannten Faktoren bis zur letzten Konsequenz wirksam werden konnten.

Die Durchsetzung kapitalistischer Ökonomie hatte im Verlaufe des 18. und 19. Jahrhunderts überall neue Formen staatlicher Ordnung erforderlich gemacht. Gegen die sich im alltäglichen Konkurrenzkampf zwangsläufig herausbildende Hierarchie von GewinnerInnen und VerliererInnen konstituierte sich die Nation mit all ihren Mythen als Prinzip, in dem sie die versprochene (aber im Kapitalismus nie zu erfüllende) Gleichheit trotzdem zur Geltung bringen kann - als Ideologie: Angeblich sind alle StaatsbürgerInnen eines Landes gleich. Dies geschieht vor allem in der Ausschließung der als unzuverlässig gekennzeichneten »Anderen«, insbesondere der EinwanderInnen und Kolonisierten. Diese »Rassisierung« des kapitalistischen Klassenantagonismus tritt in Kombination mit dem strukturellen Antisemitismus auf (»die Juden« boten für die Homogenisierungsbemühungen der Nation eine ideale Projektionsfläche zur Konstruktion der »Nation ex negativo«: Die »wurzellosen, internationalen, abstrakten Juden« wurden in Abgrenzung zum »Gegenvolk« per se kreiert).

In Deutschland wurde anstelle von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« auf »Blut und Boden«, sowie »Gefühl und Gemüt« gesetzt. Die deutsche Bourgeoisie hatte zudem die Revolution von 1848 gegen die alten Kräfte verloren. So verbündete sich das deutsche Bürgertum mit den alten Kräften. Das reaktionäre und militaristische Preußen wurde zum Träger der deutschen Nationenbildung. Es erzwang über die »Einigungs«kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich schließlich die deutsche Nation. Diese deutsche Nationenbildung war, da nicht Ergebnis eines revolutionären Prozesses, von vornherein antidemokratisch und antemanzipativ. Die Siegessäule in Berlin ist für diesen Prozeß der deutschen Einigung sinnfälliger Ausdruck.

Aber nicht nur der Einigungsprozeß selber, sondern auch die geistigen Grundlagen für die deutsche Nationenidee waren zutiefst reaktionär und anti-aufklärerisch. Im Gegensatz zur bürger-

aus den kapitalistischen Strukturen. Der Kapitalismus legt eine bestimmte (verschleierte) Sicht auf sich selbst nahe. Karl Marx erklärte die gängige Anschauung von Ware mit dem Begriff des »Fetisch«. Ware ist einerseits Gebrauchswert, in ihr kommen andererseits - im Tauschwert - gesellschaftliche Beziehungen zum Ausdruck. Der Umstand, daß in den Gebrauchswert Arbeit einfließt, die Ware also bereits darin eine gesellschaftliche Dimension besitzt, wird nicht wahrgenommen. Die Gebrauchseigenschaften scheinen der Ware als bloßem, *konkretem* Ding innezuwohnen. Auch die Wahrnehmung der *abstrakten* Seite, des Tauschwerts, wird abgetrennt, und die Dimension gesellschaftlicher Vermittlung wird einem Ding als anhaftende Eigenschaft zugeschrieben: dem *Geld*. Konkrete wie abstrakte Seite werden hypostasiert: Sie werden jeweils verselbständigt und vergegenständlicht.

Diese »fetischisierte« Wahrnehmung der kapitalistischen Funktionsweise ist für Moishe Postone der Ausgangspunkt, um das Weltbild des modernen Antisemitismus zu analysieren. Die Aufspaltung in positivistische Anschauungen einerseits, in romantizistische andererseits, läßt sich aus dieser Figur, der Hypostasierung von »konkreten« und »abstrakten« Dimensionen von Wirklichkeit ableiten. Während das positive Denken das Abstrakte als überhistorisch verselbständigt, hypostasiert der Romantizismus - der dem Selbstverständnis nach »antibürgerlich«, »Revolte« ist - das Konkrete.

Bei Marx ist das Kapital als die »unaufhörliche rastlose Selbstvermehrung des Wertes« gekennzeichnet. Es erscheint in der Form von Geld sowie in der von Waren, das heißt, es hat keine fertige und endgültige Gestalt. **Kapital erscheint als rein abstrakter Prozeß.** Mit der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise und des Übergangs von liberalem zum organisierten industriellen Kapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts wurden Gesellschaft wie historischer Prozeß zunehmend biologisch begriffen (so nahmen 'Rasstheorien' und die Bedeutung des Sozialdarwinismus erheblich zu). Der romantische 'Antikapitalismus', der bis dahin das Geld als die Wurzel der Übel begriff, bekam eine neue Dynamik und verinnerlichte den »Kapitalfetisch«. Das industrielle Kapital wird nun als direkter Nachfolger »natürlicher« handwerklicher Arbeit angesehen und gilt, im Gegensatz zum »parasitären« Finanzkapital, als »organisch verwurzelt«. Kapital selbst - oder das, was als negativer Aspekt des Kapitalismus gesehen wird - wird lediglich in seiner abstrakten Dimension ver-

ungen zurückzustellen und die Homogenisierung der Nation zu untergraben, aber gerade in Deutschland wurden sie vor allem in den Gründerjahren der deutschen Nation in den ersten größeren Krisen schnell zum Synonym für liberalen Kapitalismus, »Juden« und Liberalismus (der aufgrund der völkischen Grundlagen in Deutschland sowieso schlecht angesehen war) wurden bald gleichgesetzt. Im weiteren Verlauf entwickelte sich konsequent die Haltung, daß die Quelle allen Übels »der Jude« sei.

Es ist letztlich auch aus den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Abläufen historisch konsequent und logisch, daß der Antisemitismus zum Kampf- und Regierungsprogramm in Deutschland werden konnte. Denn ist die völkische Idee erstmal bestimmend für politische Abläufe, entscheiden nur noch die *konkreten* gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen, ob sie im offenen Wahn praktisch wird, ob die dem Wahn zugrundeliegenden Bedrohungsphantasien jetzt an den »rassefremden Elementen« exekutiert werden, ob imaginäre oder wirkliche Feinde im Inneren und Äußeren bekämpft und letztlich vernichtet werden müssen.

Ein weiterer Faktor für den Durchbruch gerade in Deutschland ist im Weiteren die Weltwirtschaftskrise 1929 und in deren Folge die ökonomische und politische Zerrüttung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Die Weltwirtschaftskrise ließ die sowieso ungeliebte Weimarer Republik (die von den Rechten als »Judenrepublik« bekämpft wurde) endgültig als untauglich erscheinen. Die bürgerlich-demokratische Republik zerbrach an dieser Krise und seinen Folgen, in allen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten verbreitete sich eine Form von Endzeit-Gefühl. Und so tief der Dissens über Ursache und Lösungen der Krise war, so breit war der Konsens in der Stimmung, so wie bisher dürfe es nicht mehr weitergehen.

Die Tatsache, daß gerade der Nationalsozialismus als Rettung gesehen wurde, hat entscheidend damit zu tun, daß ein wesentliches Moment des Nationalsozialismus sein verkürzter Anti-

kapitalismus' ist. Der moderne Antisemitismus liefert eine umfassende Weltanschauung, die verschiedene Aspekte 'antikapitalistischer' Unzufriedenheit, wie beschrieben, scheinbar erklärt und ihnen politisch Ausdruck verleiht. Er läßt aber den Kapitalismus dahingehend bestehen, daß er »nur« die Personifizierung der kapitalistischen Verhältnisse angreift. Für diesen 'verkürzten Antikapitalismus' ist der extreme Haß auf alles Abstrakte charakteristisch. Seine völlige Überhöhung des existierenden Konkreten mündete in einer einmütigen, grausamen - aber nicht notwendig haßerfüllten Mission: der 'Erlösung der Welt' von der Quelle allen Übels in Gestalt »des Juden«.

Diese »antikapitalistische Mission« zeitigte Folgen. Denn *„eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort an dem Wert produziert wird, der »unglücklicherweise« die Form der Produktion von Gütern annehmen muß. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber keine entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre groteske arische »antikapitalistische« Negation gesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur »Vernichtung des Werts«, d.h., zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten“* (Herv. d. A.) *„Sie hatte die Organisation eines teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu »befreien«. Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, d.h., die »Maske« der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was »sie wirklich sind«, Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch auch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen »Gebrauchswertes« abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Seife. Auschwitz, nicht die »Machtergreifung« 1933, war die wirkliche »Deutsche Revolution« - die wirkliche Schein-»Umwälzung« der bestehenden Gesellschaftsformation“.* (Herv. d.A.) *„Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren...“* (Moishe Postone).

Antisemitismus wegen Auschwitz

Verschiedenste Untersuchungen belegen, daß antisemitisches Bewußtsein in Deutschland auch nach der Niederlage des Nationalsozialismus immer vorhanden war. Schon kurz nach dem 8. Mai berichteten amerikanische und britische Offiziere von zunehmendem, tiefsitzenden Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ablehnung, aktive Diskriminierung der jüdischen *Displaced Persons*, bis hin zu Angriffen waren Alltag für die wenigen Überlebenden. Nur die Anwesenheit der Alliierten verhinderte Folgepogrome. Die öffentliche Propagierung der nationalsozialistischen 'Rassenideologie' und des Antisemitismus wurde von den Alliierten verboten. Trotzdem setzten sofort nach der Niederlage des Nationalsozialismus die ersten Schändungen jüdischer Friedhöfe in den drei Westzonen ein (von 1945-1952 gab es mehr als 230 solcher antisemitischer Anschläge).

Es ist evident, daß es bei der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine massive Leugnung und Verdrängung der eigenen Beteiligung oder zumindest Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere der Organisation und Durchführung der Shoah, gab. Es gab eine sehr kurze »Schuldphase«, die von der Erwartungshaltung geprägt war, daß die Überlebenden sich rächen und sie bestrafen würden, so wie die Teilung Deutschlands von vielen Deutschen immer als „*Strafe für Auschwitz*“ (Günther Grass) empfunden wurde. Aber die Zahl derjenigen, die von „allem nichts gewußt“ haben wollen, obwohl an der Ausgrenzung, Vertreibung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden viele Deutsche als TäterInnen beteiligt waren, wuchs sehr schnell an. Spätestens mit dem Beginn des sogenannten 'Wirtschaftswunders' wollten große Teile der deutschen Bevölkerung einen Schlußstrich unter die „unseelige Vergangenheit“ ziehen. Es mußte endlich ein Ende haben mit der „Nestbeschmutzung“.

Gestärkt wurde diese Haltung durch offizielle Aussagen. In einer Rede der Adenauer-Regierung „*Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden*“

wurde ausdrücklich versichert, daß die deutsche Bevölkerung keine Mitschuld an der Shoah habe, und daß sie keine antisemitischen Ressentiments habe. Der Antisemitismus wurde zum Problem extremistischer Gruppen erklärt, der bestraft werde und ansonsten öffentlich tabuisiert gehöre. Diese Regierungsempfehlung für den Umgang mit dem 'Antisemitismusproblem' war prägend für die alte BRD. Adorno schrieb im Herbst 1959, „daß die vielzitierte *Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten*“.

Konkrete Ereignisse wurden aber immer wieder zum Menetekel der antisemitischen Grundhaltung von Regierung und großen Teilen der Bevölkerung und zeigten, daß sich in Deutschland ein **Antisemitismus »ohne Juden«** entwickelt hatte. Geschichte, Ablauf und Folgen der 'Wiedergutmachungsdebatte' sind dafür beispielhaft. Die sowieso nur erbärmliche finanzielle Entschädigung wurde von vielen Deutschen als aufgezwungene „jüdische Forderung“ und als „viel zu hoch“ gesehen. Antisemitische Vorbehalte wie die, daß »die Juden« Vorteile aus ihrer Vergangenheit zögen, daß Juden und Jüdinnen „selbst mit Auschwitz Geschäfte machen“, daß sie völlig unberechtigterweise „abkassieren“, daß „wir doch wirklich genug für »die« gezahlt haben“ usw. waren und sind Beleg dafür, daß sich dieser **Antisemitismus wegen Auschwitz** herausgebildet hatte.

Parallel zu dem angewachsenen Trend, den Schlußstrich unter die NS-Geschichte zu ziehen und ein 'normales' Verhältnis zwischen Juden und Nicht-Juden einzufordern, bildete sich das Bild »des Juden« heraus, der dem im Wege steht und stört. Der »ewige Mahner«, der „empfindliche, nachtragende, unversöhnliche Jude“; die Erinnerung und die Aufforderung, nie zu vergessen, werden zum »jüdischen Charakterzug«. Für viele hatten »die Juden« zudem Schuld am Antisemitismus und an ihrer eigenen Vernichtung: Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.

standen: als finanz- und zinstragendes Kapital. In dieser Hinsicht steht die biologische Ideologie, die die konkrete Dimension des Kapitalismus als »natürlich« und »gesund« dem Kapitalismus (wie er erscheint) gegenüberstellt, nicht in Widerspruch zur Verklärung des Industriekapitals und seiner Technologie. Diese Form des 'Antikapitalismus' erscheint daher nur, als ob sie sehnsüchtig rückwärts gewandt sei, als Ausdruck des »Kapitalfetisch« drängt sie in Wirklichkeit vorwärts. So hat z.B. Hitler zwar von Blut gesprochen, aber die Maschine gebaut. Im »fetischisierten« 'Antikapitalismus' wird beides, Blut wie Maschine, als konkretes Gegenprinzip zum Abstrakten gesehen. Die positive Hervorhebung der Natur, des Blutes, des Bodens, der konkreten Arbeit, der Gemeinschaft geht ohne weiteres zusammen mit der Verherrlichung der Technologie und des industriellen Kapitalismus.

Dieser 'verkürzte Antikapitalismus' beruht auf dem einseitigen Angriff auf die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht und, auf anderer Ebene, auf das Geld- und Finanzkapital.

Antikapitalismus muß hingegen, will er die Produktionsverhältnisse revolutionieren, neben der Beseitigung der Marktverhältnisse und des Privateigentums an Produktionsmitteln insbesondere die Wertbasis, also die Zeitbestimmung der Reichtumsproduktion, außer Kraft setzen. Das Bewußtsein von der gesellschaftlichen Produktion wäre dann nicht in 'Konkretes' und 'Abstraktes' aufgespalten.

Im modernen Antisemitismus erscheint selbst die abstrakte Seite vergegenständlicht. »Die Juden« werden mit dem Kapitalismus gleichgesetzt. Der Kapitalismus erscheint nur noch als 'das Abstrakte', das wiederum für die ganze Reihe konkreter gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, die mit der schnellen Industrialisierung verbunden sind, verantwortlich gemacht wird. Die Übereinstimmung der Juden und Jüdinnen zugeschriebenen Eigenschaften (»Abstraktion«, »Mobilität«, »mysteriöse Unfaßbarkeit«), mit denen der als negativen Seite des Kapitalismus wahrgenommenen, führt dazu, daß »die Juden« zu *Personifikationen* der unfaßbaren, zerstörerischen, unendlich mächtigen, internationalen Herrschaft des Kapitals werden. Im 'verkürzten Antikapitalismus' des modernen Antisemitismus wird die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen mit der Überwindung »der Juden« gleichgesetzt. Der moderne Antisemitismus hat dabei systemhaften Charakter und beansprucht, die Welt zu erklären.

Eine ungehaltene Rede ungehaltener antinationaler Menschen

Auf der Demonstration der antifaschistischen Initiative Moabit am 9. November zur Reichspogromnacht wollte die Gruppe Landesverrat folgenden Redebeitrag halten:

Wir haben heute, am Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938, die Berliner Siegessäule besetzt. Die oberste Aussichtsplattform wurde von uns heute vormittag für den Publikumsverkehr gesperrt und mit Transparenten komplett verhüllt. Denn:

Deutschland denken heißt Auschwitz denken!

Antisemitismus ist deutsche Realität!

Seit dem Mauerfall am 9. November 89 ist es umso dringender, dies zu sagen und an die Geschehnisse der Reichspogromnacht zu erinnern. Der 9. November ist zum Freudentag des "Deutschen Volkes" geworden. Zum 5. Jahrestag des Mauerfalls wird in der medialen Öffentlichkeit der biologistische Slogan "Wir sind ein Volk" auf breiter Front wieder aufgetischt. Diese spezifische Form von deutscher Einheit bildete eine der Grundlagen, die im Dritten Reich unter den damaligen politischen Bedingungen zum antisemitischen Pogrom 1938 führten. Die deutsche Selbstdefinition hieß "arisch". Jüdinnen und Juden waren "die Anderen", das "Gegenvolk". Antisemitismus wurde zur gesellschaftsprägenden Ideologie.

In der Nacht des 9.11.1938 wurden jüdische Menschen in Deutschland und Österreich mißhandelt, durch die Straßen gejagt und umgebracht. Synagogen und Häuser, in denen Jüdinnen und Juden lebten, wurden niedergebrannt, jüdische Geschäfte zerstört. Mehr als 30.000 Juden wurden in Konzentrationslager verschleppt. Diese Nacht, die propagandistisch als "Reichskristallnacht" bezeichnet wurde und oft auch heute noch wird, war das Vorspiel zur industrialisierten Vernichtung von mehr als sechs Millionen Menschen. Die öffentliche Entwürdigung der jüdischen Bevölkerung in der Pogromnacht war eine Voraussetzung für die Akzeptanz der "Arisierung", die nach dem 9.11.38 beschleunigt durchgeführt wurde. Die Depersonalisierung bildete die Brücke zwischen der Brutalität des Pogroms und der späteren rationalisierten bürokratischen Vernichtung in den Todesfabriken.

Heute soll Deutschland angeblich Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verkörpern. Ein deutsches "Nationalbewußtsein" soll für die Welt ein Segen sein. Die deutsche Nationengründung beruht auf völkisch-biologistischen Konzepten. Statt auf "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" setzt man in Deutschland auf "Blut und Boden".

Die völkischen Grundlagen prägen das Staatsbürgerrecht und das Bewußtsein der Deutschen bis heute. Freiheit meint in Deutschland die Freiheit des "Volkes", Demokratie meint "Volksgemeinschaft" und Menschenrechte sind der Vorwand für einen neuen Militarismus.

Zu einem ungebrochenen Nationalstolz zu kommen, ist angesichts der Shoah nicht möglich. Deshalb wurde seit 1985/96 (Bitburg/Historikerstreit) der Geschichtsrevisionismus und die Historisierung des Nationalsozialismus zum nationalen Projekt, welches spätestens mit dem 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, erfolgreich durchgesetzt werden soll.

Bereits jetzt zeichnet sich die nächste Phase des Projekts "Geschichtslüge" ab. Nach der Gleichsetzung deutscher TäterInnen mit den Opfern des Nationalsozialismus werden die Deutschen zu den "eigentlichen" Opfern. Es folgt die Forderung nach Versöhnung für das "ungesühnte Verbrechen" der Vertreibung "Volksdeutscher" nach der Niederlage des Nationalsozialismus. Den ehemaligen Alliierten wird weiterhin vorgeworfen, deutsche Städte zerstört und Deutschland geteilt zu haben. Alte Feindbilder werden so neu belebt und der Nationalsozialismus dadurch nachträglich rehabilitiert.

Die Anknüpfung an Inhalte des Nationalsozialismus ist Kennzeichen der stattfindenden neurechten Formierung, die ihre Dynamik aus der gesellschaftlichen Mitte erhält. Die so wiedergefundene "deutsche Identität" verbunden mit realen Weltmachtambitionen Deutschlands kann nach dem Verursachen zweier Weltkriege zu neuen Katastrophen führen.

Die sich wieder formierende "Volksgemeinschaft" ist auch heute ohne Ausschlussmechanismen nicht denkbar. Hinzu kommt, daß der Antisemitismus durch ein besonders perfides Element ergänzt worden ist: Nachdem das europäische Judentum durch die Shoah nahezu ausgelöscht worden ist, wird Jüdinnen und Juden nun unterstellt, sie wollten aus ihrem Opferstatus Vorteile ziehen. Statt aus dem unvergleichbaren Menschheitsverbrechen Auschwitz Konsequenzen zu ziehen, führt so die bloße Erinnerung an Auschwitz zu einer neuen Variante der antisemitischen Feindschaft. Antisemitische Militanz ist bereits wieder bedrohliche Normalität. Aktuell zeigt sich diese in Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten, verbalen und physischen Angriffen gegen in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden. In Zukunft könnte auch der Staat Israel als Materialisierung der Unvergeßlichkeit der Shoah von Deutschland in Frage gestellt werden.

Die Deutschen werden 'den Juden' Auschwitz nie verzeihen!

Nie wieder Deutschland!

Der Redebeitrag wurde nicht gehalten. Hierzu erklären wir folgendes:

Die Demo-Verantwortlichen wurden kurz vor Beginn der Demonstration von uns angefragt, ob wir den vorstehenden Beitrag halten können. Die Rede wurde ihnen ausgehändigt und auch gelesen. Einige der Demo-Verantwortlichen hatten bereits von unserer Aktion gehört und ein Verantwortlicher erklärte sich schnell mit unserem Anliegen einverstanden. Eine andere Funktionsträgerin wiederum wandte ein, daß bereits sehr viele Beiträge angemeldet seien, und auch noch ein Beitrag zur Öffnung der Oberbaumbrücke angekündigt wurde. Wir zeigten uns einigermaßen entsetzt darüber, daß ausgerechnet auf einer Demonstration zur Reichspogromnacht ein Redebeitrag zum anwachsenden Straßenverkehr gehalten wurde. Die Funktionsträgerin erklärte ärgerlich, daß nunmal die Oberbaumbrücke ausgerechnet heute eröffnet worden sei. Der Einwand unsererseits, daß heute auch eingekauft wurde, und ob deshalb auch ein Beitrag der EinkäuferInnen gehalten würde, wurde von der erwähnten Verantwortlichen mit großer Mißbilligung aufgenommen. Nach dem Eingreifen eines weiteren Menschen aus dem Kreis der Demo-Leitung haben wir uns darauf geeinigt, daß unser Beitrag gehalten werden soll, und zwar auf der Auftakt-Kundgebung. Nachdem die Auftakt-Kundgebung vonstatten gegangen und der Demo-Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, wir mit unserem Beitrag inzwischen zum vierten Mal vertröstet wurden ("gleich nach dem nächsten Beitrag", "wenn der Demo-Zug wieder in Gang gekommen ist" etc.) brachen wir unser Vorhaben ab.

Allerdings nicht nur wegen des Gerangels mit den Demo-Verantwortlichen.

Die TeilnehmerInnen der Demo waren offensichtlich auf der falschen Veranstaltung: Es wurden die üblichen hirnlosen Sprüche skandiert (bspw. vor dem Bezirksamt Tiergarten "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten", und dies, weil dort 5 Republikaner in der Stadtverordnetenversammlung sitzen. Es ist den TeilnehmerInnen wohl noch nie in den Sinn gekommen, daß die Ausländergesetze nicht von diesen 5 oder anderen Republikanern gemacht werden, sondern von einer höchst demokratisch legitimierten Regierung). Die Auswahl der Musik, die über den Demo-Lautsprecherwagen gespielt wurde, ist für eine Demonstration zum Gedenken und Erinnern an die Reichspogromnacht schlicht unangebracht. Es wurden die üblichen "autonomen" Demo-Spielchen gespielt, mit Stehenbleiben und warten bis ein etwa 20-30 m weiter Abstand zur nächsten Kette(!) entstanden ist um dann mit großen Gejohle nach vorn rennend aufzuschließen. Es wurde ununterbrochen Leuchtschmuckmunition verschossen.

Nur eines taten die TeilnehmerInnen nicht: einem Juden, der kurz vor der Gotzkowsky-Brücke über seine Erfahrungen berichtete und darüber sprach, wie schwer es ihm fällt in "diesem Land des Vergessens zu leben", zuhören. Daraufhin faßten wir den Entschluß zu gehen.

Dies alles ist zwar unserer Meinung nach schon schlimm genug, aber das Nicht-Verhalten der Demo-Verantwortlichen legt die Vermutung nahe, daß diese mit dem Verlauf und mit der Form der Demonstration grundsätzlich einverstanden waren. Sie machten während unserer Anwesenheit keinerlei Anstalten auf die Demo-TeilnehmerInnen Einfluß zu nehmen.

Wie gehen davon aus, daß die Demo-Verantwortlichen unseren Beitrag letztlich aus inhaltlich-politischen Gründen verworfen haben.

Nun noch eine Anmerkung an die MacherInnen der Interim: Ihr habt zur Dokumentation unserer Presseerklärung einen Zeitungsartikel beigefügt, aus dem hervorgeht, wir hätten auf der Aussichtsplattform der Siegestsäule eine Bombenattrappe angebracht. Wir gehen durchaus nicht davon aus, daß ihr dieser Attrappen-Ente aufgesessen seid, sehen uns aber dennoch gezwungen dieses richtig zu stellen: Wir haben keine Bombenattrappe auf der Plattform installiert. Der erwähnte verdrahtete Holzkasten diente dem Abwurf von Flugblättern nachdem wir die Plattform bereits verlassen hatten. Die Vorrichtung erfüllte diesen Zweck auch. Unsere Aktion war eine rein ideologisch begründete Aktion, am Jahrestag der Reichspogromnacht mit Bombenattrappen zu hantieren widerspräche unserem Politikverständnis!

Die Berichte über eine vermeintliche Bombenattrappe sollten offensichtlich der Ablenkung von den Inhalten unserer Aktion dienen und einer Kriminalisierung Vorschub leisten.

Gruppe Landesverrat

ÖZGÜR ÜLKE und der Antisemitismus - Anmerkungen zu einem Artikel vom 28/29.08.1994 -

Wer stolz ist auf seine Nation, hat entweder eine, die ihm die Geschäfte sichert und das Leben angenehm macht, oder er macht jene Sortierung durch die herrschende Ideologie mit, die die Menschen in In- und Ausländer, nach dunkler und heller Haut färbt, nach Stammesherkunft, Geschlecht usw. sortiert.

Diesen Menschen interessieren nicht die Ursachen seiner schlechten Lage. Er fühlt sich so eins mit "seiner" Nation daß es ihm als größtes Unglück vorkommt wenn ihm ein Angehöriger einer anderen Nation regiert.

Dabei ist eine Nation doch eine Zwangsgemeinschaft, in die man zunächst einmal hineingeboren wird, ohne überhaupt gefragt zu werden. Wie unangenehm es ist, Steuern zu zahlen, sein Leben beim Militär einzusetzen, sein gesamtes Leben den gesellschaftlichen und juristischen Regeln der Nation unterzuordnen, ist eigentlich jedem bekannt, der nicht von der Nation profitiert.

Umso seltsamer mutet es an, wenn sich bei Leuten, die in Landstrichen leben, die von der Regierung bestenfalls als Rohstoffreservoir benutzt werden, von deren kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung sich die Regierung also keinen Nutzen verspricht und in denen sich entsprechende Armut breitmacht, wenn sich bei diesen Leuten nicht etwa Antinationalismus und prinzipielle Staatsfeindlichkeit, sondern ein eigener Nationalismus breitmacht.

Anstatt der rassistischen Sortierung durch die Herrschenden entgegenzutreten, bilden diese Leute einen eigenen Nationalismus heraus, der genau die von der Regierung vorgegebene Sortierung aufgreift und lediglich die eigene Nation hervorhebt - wenn auch mit ungekehrten Vorzeichen. Unter diesen ungekehrten Vorzeichen wird dann die eigene Nation mit Charaktermerkmalen belegt, die ansonsten die Unterdrückten für sich in Anspruch nimmt, aber ehrlich, tapfer, stolz, heldenmütig, wenn lieblich wird - ganz wie bei der Herrschernation - eine Blutsverwandtschaft zu irgendwelchen vor mehreren Jahrhunderten verstorbenen Raubrittern, religiösen Märtyrern, für ihr Land kämpfenden Landesfürsten, Liedermachern und bildenden Künstlern konstruiert oder tatsächlich nachgewiesen, um zu "beweisen", daß selbiges Blut noch heute durch die Adern der Nachfahren rinnt, und, da für Rassisten (ohne Rassismus, diese Art von Blut- und Boden - Nationalismus nicht möglich) der Geist und Charakter der Menschen irgendwo in den Körpersäften wohnt, sollte nach ihrer Ansicht doch wohl doch einiges dieser Charaktermerkmale der Helden der vergangenen Tage mit herübergekommen sein.

Wenn der unterdrückte Nationalismus und Rassismus harmlos erscheint gegenüber der Praxis der herrschenden Nationalismen und Rassismen, sollte nur einen Blick in die Landstriche werfen, in denen die ehemals unterdrückten Nationen an die Macht gekommen sind und nun "reimässig" ihre Herrschaft ausüben. So ziemlich die ganze

GLAUB, ICH HEUT NICHT NUR SCHULE

ICH GLAUBE DOCH

ICH GLAUBE NICHT

MIST

... alle Begriffe, Sitten und das Dasein der Nationen, die in den Kampf um die Weltmacht eingetreten sind, in den Bannkreis seiner Herrschaft zu ziehen. Er hat die Welt in einen Kampf um die Weltmacht eingeteilt. Er hat die Welt in einen Kampf um die Weltmacht eingeteilt. Er hat die Welt in einen Kampf um die Weltmacht eingeteilt.

"Der Zionismus möchte nicht sein Hauptziel, die Existenz dieses jüdischen Staates, unter dem Vorwand der Isolierung zu erreichen. Denn er ist sich der Randerscheinung und Isolierung bewusst, unter dem Vorwand der Isolierung wird der Zionismus unter dem Vorwand der Randerscheinung und Isolierung isoliert. Der Zionismus ist sich der Randerscheinung und Isolierung bewusst, unter dem Vorwand der Randerscheinung und Isolierung wird der Zionismus unter dem Vorwand der Randerscheinung und Isolierung isoliert."

[illegible]

... teilweise mit **Volksgemeinschaft** gleichgesetzt, statt mit Abschaffung der Klassen, Wirtschafften, usw. Kurdische Patrioten kritisieren nicht die Ziele des unterdrückten Staates und kritisieren nicht grundsätzlich, daß es überhaupt eine Beherrschung gibt, sondern, daß an dessen Spitze nicht die richtigen Leute stünden (in der obigen widerwärtigsten Form: die "Juden und Freimaurer") - ansonsten wären sie ja auch keine Patrioten, sondern würden für den Klassenkampf eintreten.

nug Hinweise darauf, was man mit I... wie d... stans" vorhat.

Zum Schluß:

Um dem Standardargument von vornherein zu begegnen, das immer dann kommt, wenn Befreiungsbewegungen irgendwo auf der Welt kritisiert werden, der Kritische wer nicht sehen will, daß unsere Kritik keine Stellungnahme nützen: Staatsterrorismus ist, sondern gegen Rassismus und Nationalismus - gleich auf wel- auf eine Seite schlagen. Daß gegen die Kurden zur Zeit ein Vernichtungsfeldzug läuft, die Opposition dort mit übelsten faschistischen Maßnahmen fertiggemacht wird, ist eine Tatsache. Dieses sollte jedoch niemanden bewegen, für die andere Seite des Konflikts Partei zu ergrei- Es passiert doch eben häufig genug, daß man bei genauerem Hinsehen erkennt, daß eine Verurteilung der faschistischen Praktiken einzelner Regime durchaus etwas völlig anderes ist, als sich auf die Seite der Opfer zu schlagen.

- Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, sind für
vom 28. bzw. 29.08.1994

Einige Kommunisten aus Berlin.

"Im Namen des Volksverhetzers...?"

Moabiter Antifas vor Gericht!

Gegen zwei Antifaschisten aus Moabit beginnt am 8.12.94 ein Strafprozeß vor dem Amtsgericht in der Turmstraße. Der Vorwurf: Widerstand gegen die Staatsgewalt (gegen beide) und versuchte Gefangenenerbefreiung (gegen einen).

Mit diesen rein kriminalistischen Vorwürfen soll dem Prozeß die politische Dimension genommen werden. Und es wird verschleiert, daß genau die Falschen auf der Anklagebank sitzen.

Was war passiert?

Am 16.4.94 hatten die REPs vor der Arminiusmarkthalle einen Stand aufgebaut. Dabei verteilten sie ihre rassistische Hetzpropaganda, u.a. mit der Forderung, alle Nicht-EG-Europäer aus Deutschland abzuschieben, d.h. auch alle Menschen aus der Türkei und Jugoslawien. Die AIM wurde über diesen Stand informiert. Sofort haben sich ca. zehn AntifaschistInnen getroffen, um gegen den Stand etwas zu unternehmen. Sie haben sich neben die ca. 15 REP - Nazis gestellt und die PassantInnen aufgefordert, deren Hetzschriften nicht anzunehmen. Mit Erfolg, denn die REPs sind ihren Schund nicht mehr losgeworden. Es kam zu Diskussionen. Dabei taten sich die Nazis mit antisemitischen Sprüchen hervor, sowie mit Bekenntnissen zur Anti-Antifa, die für die miesen Briefbombenattentate in Österreich verantwortlich ist. Inzwischen hatte sich eine Traube von PassantInnen gebildet, die mit den AntifaschistInnen gegen dieses Auftreten der REPs protestierten. Die haben keines von ihren Flugblättern mehr losbekommen. Da hat sich Rep Frank Seifert auf alte Verbündete besonnen. Nachdem er selbst einer der übelsten Hetzer gewesen war (O-Ton: „Heil Hitler, Du Jude“), hat er die Polizei gerufen. Die kam dann auch. Zuerst zu viert. Seifert nahm dann so-



16.4.1994 Arminiusmarkthalle:

REP Faschist Seifert läßt von der Polizei Antifaschisten verhaften.
Frank Seifert: Bezirksverordneter der BVV-Tiergarten, Vorsitzender der REP-Jugend Berlin, nachweislich enge Kontakte zur verbotenen Wiking-Jugend und zur FAP. Anführer eines Schlägertrupps, der berlinweit bei REP-Aktivitäten auftritt.

Er wird regelmäßig aus den BVV-Sitzungen wegen faschistischer und rassistischer Äußerungen ausgeschlossen. Seinetwegen wurde das Tragen von Waffen im Rathaus ausdrücklich verboten.

Am 14.9.94 drohte er dem Moabiter Buchhändler Klaus-Peter Rimpel mit einem "Besuch" seines Schlägertrupps, weil dieser das AIM-Info ausgelegt hatte. Auf der Titelseite war Seifert in trautem Plausch mit FAP-Kadern zu sehen.

fort Kontakt zu ihnen auf. Sie unterhielten sich eine ganze Weile, er zeigte dabei immer wieder besonders auf einen Antifaschisten. Es vergingen ca. fünf Minuten. Die PolizistInnen konnten sich davon überzeugen, daß gegen den Rep Stand völlig friedlich und argumentativ protestiert wurde. Um so erstaunter und auch um so wütender wurden alle Umstehenden, als sie sahen was dann geschah:

Die Polizei geht auf Weisung von Nazi Frank Seifert brutal gegen die Antifas vor

Mit quietschenden Reifen rasten plötzlich weitere Einsatzfahrzeuge

herbei. Zwei Beamte gingen auf genau den Antifaschisten los, der ihnen von Seifert gezeigt worden war und griffen ihn wortlos. Alle Umstehenden protestierten lauthals. Das nahm die Polizei zum Anlaß, die Situation völlig zu eskalieren. Vier weitere Beamte stürmten in die Menge, rannten dabei einige Leute um. Der Antifaschist, der von den beiden Polizisten gegriffen worden war, schrie inzwischen laut, sie hatten ihm die Arme brutal verdreht, seine Brille zertrampelt. Ein anderer Antifaschist sah das und forderte die Beamten auf, den vor Schmerzen Schreienden loszulassen. Statt dieser Forderung nachzukommen, haben sie mit Knüppeln auf ihn eingepugelt und ihn festgenommen. Auch der andere blieb im Griff und wurde übelst auf den Boden eines

Bitte wenden...



Wegen angeblicher Beleidigung brutal festgenommen und auf den Boden eines Einsatzfahrzeuges geworfen - ein Moabiter Antifaschist

Einsatzfahrzeuges geworfen. Das Resultat dieses Übergriffs sind die oben erwähnten Anklagepunkte: "Widerstand und versuchte Gefangenenerbefreiung" für die Forderung, die Mißhandlungen einzustellen.

Der Tiergartener Volksbildungsstadtrat Jensen war Augenzeuge des ganzen Vorfalls. Er hat einen offenen Brief an den Berliner Polizeipräsidenten Saberschinsky geschrieben, in dem er gegen den Polizeieinsatz protestierte: „...Ich habe aber keinerlei Verständnis für die Unverhältnismäßigkeit, mit der Polizeibeamte in dieser Situation vorgegangen sind. Es wurde nach meinen Beobachtungen keine Sachstandsklärung versucht, sondern den Angaben des REP-Mitgliedes Seifert folgend sofort eine Festnahme vorgenommen.“

Die Staatsanwaltschaft spielt mit

Der Protest der AIM gegen den Rep-Stand war richtig, er fand breite Unterstützung. Nach all den rassistischen Morden und Menschenjagden ist es unerträglich, daß sich Rassisten wie die REPs in der Öffentlichkeit präsentieren können. Gerade bei den Moabiter REPs konnte die AIM beste Kontakte zu militanten Stiefelfaschisten nachweisen. Der Polizeieinsatz war - vor diesem Hintergrund - skandalös. Nach fünf Minuten Vorbereitungszeit sind sie auf Weisung des Nazis Frank Seifert brutal auf Antifaschisten losgegangen. Sie haben nicht einmal versucht, Kontakt aufzunehmen, sondern sie haben sich einzig auf die Weisung dieses Nazis verlassen. Es ist schon lange bekannt, daß sich Nazis mit

willkürlichen Anzeigen Namen und Adressen von AntifaschistInnen besorgen. Die tauchen dann in Abschußlisten wie dem "Einblick" auf, wo offen zu Gewalt aufgerufen wird. Gerade auf den "Einblick" hatten sich die REPs in der Diskussion bezogen. Und die Staatsanwaltschaft hat nichts besseres zu tun, als mit Nachdruck auf eine Verurteilung der Antifaschisten hinzuwirken. Sie sollten sich lieber um diese bemerkenswerte Zusammenarbeit ihrer Polizei mit Nazis kümmern.

Immer das Gleiche: AntifaschistInnen sollen als Kriminelle dastehen

Die Anklage schließt völlig den politischen Charakter der Aktion aus. Diejenigen, die hier auf der Anklagebank sitzen, sind die Überfallenen. Ihr gerechtfertigter Protest gegen Nazis soll in einen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte umgelogen werden. Aus der Darstellung sowohl des Stadtrates Jensen als auch in diesem Flugblatt wird deutlich, daß der Polizeiein-



Gemeinsam auch gegen Antifaschisten: Moabiter REPs und Polizisten. Beamte der Wache Perleberger Str. fielen in den letzten Jahren immer wieder wegen rassistischer Übergriffe auf.

satz völlig überzogen war, und die Vorwürfe ganz und gar absurd sind. Wir reißen diese Diffamierung unserer Politik in die Kriminalisierungen gegen Antifas ein, die gerade in letzter Zeit bekannt geworden sind. Weil viele Menschen die Politik antifaschistischer Gruppen gutheißen, wird staatlicherseits alles unternommen, diese als verbrecherisch darzustellen. Diese Rechnung darf nicht aufgehen! Wir werden den Prozeß beobachten, die Öffentlichkeit informieren und die politische Dimension der Vorfälle in das Verfahren zurücktragen.

Kommt alle !!

Zum Prozeß:

Kundgebung: Donnerstag 8.12.94, um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht Tiergarten

Prozeßbeginn: 10.30 Uhr, Raum 769

und:

Zu einer Kundgebung vor der Arminiusmarkthalle/ Moabit

Samstag 3.12.94 um 11 Uhr



**antifaschistische
initiative moabit**

Postfach 210235, 10502 Berlin
Spendenkonto:
Kontonr.: 6336 285 680
Berliner Bank BLZ: 100 200 00

Der Prozeß ist zu Ende, die Solidarität geht weiter!

An alle antifaschistischen Leseratten:

Gerade jetzt nach der Urteilsverkündung wäre es fatal, die Beine hochzulegen. Die verurteilten und gesuchten Antifas brauchen nach wie vor unsere Unterstützung. Deshalb bieten wir Euch jetzt eine Reihe von interessanten Büchern zum Kauf an. Die Hälfte der Kohle geht direkt an das Prozeßbüro:

Für eine Gesellschaft ohne Knäste - Texte aus Italien

Gefangene verschiedener Bewaffneter Gruppen (u.a. Renato Curcio), fast alle lebenslänglich in Hochsicherheitsknästen begraben, diskutieren die italienische Guerrillapaxis der siebziger Jahre und gehen auf der Suche nach neuen Widerstandslinien. Die Diskussionen beziehen sich auf die italienische Situation anfang der achtziger Jahre. Nichtsdestotrotz (oder gerade) interessant zu lesen. 1983/144 S./Solipreis 7,-

Roger Knobelspiess: QHS - Der langsame Tod

Roger Knobelspiess wurde 1972 wegen eines Raubes von 800 Francs (270 Mark) zu 15 Jahren Knast verurteilt. Er hat seine Tatbeteiligung immer abgestritten und begann im Knast, gegen die dort herrschenden menschenunwürdigen Lebensbedingungen zu kämpfen. Nach neun Jahre Isolationshaft wurde er 1981 freigelassen, allerdings zwei Jahre später erneut in Haft genommen. Mit einem Vorwort von Michel Foucault, Mitglied des damaligen Unterstützungskomitees zur Neuverhandlung des Falles. 1984/163 S./Solipreis 7,-

Carl Harp: Liebe und Hass - Ein Knasttagebuch aus Amerika

Ein anarchistischer Gefangener erzählt über die Gegenmacht im Knast Walla-Walla und die Hölle von San Quentin. Er beschreibt genau den Prozeß seiner Politisierung im Knast, vermittelt die Realität vom alltäglichen Kampf, von Niederlagen und Siegen, die sich nicht in platte oder heroische Kategorien einordnen lassen. Der Autor wurde im September 1981 tot in seiner Zelle aufgefunden. 1985 (2. Auflage)/ 113 S./Solipreis 5,-

Zehn Tage, die England veränderten

Über die Hintergründe der sozialen Revolte in Großbritannien (Juli 1981). Aus der scheinbaren Hoffnungslosigkeit von Suff und Drogen, aus der ganzen Verzweiflung heraus belebte sich das Terrain mit einer ziellosen Rebellion. Die Nächte waren jung, und obwohl die Kneipen schon geschlossen hatten, machte das Feuerwasser die Runde. 1986/175 S./Solipreis 6,-

Louis Adamic: Dynamit

Die Geschichte des Klassenkampfes in den USA von 1880 bis 1930. Adamics Buch, 1934 geschrieben, ist inzwischen ein Klassiker der "radikalen Geschichtsschreibung". Eine spannende Mischung aus wissenschaftlicher Genauigkeit und lebendiger Erzählung. 1985 (3. Auflage)/416 S./Solipreis 9,-



Die Bücher gibt es in folgenden Läden:

Kreuzberg: Schwarze Risse, M99

Prenzlberg: Bandito Rosso, Infolafen Baobab

Friedrichshain: Infoladen Daneben, JWD-Buchladen

Wedding: Infoladen Omega

Die Aktion läuft vom 1. Dezember 93 bis zum 31. Januar 94

Bundesweite Demonstration am 10. Dezember in Zittau

In Zittau wurde in der Nacht vom 19. auf den 20. November Michael Gäbler von einem Skinhead erstochen.

Während einer Techno-Party im Jugendhaus Rosa in Zittau brüstete sich der Skinhead mit Nationalismus und Sexismus. Nachdem er Hausverbot erteilt bekam wurde er unter anderem von Michael Gäbler zur Rede gestellt. Dieser diskutierte am längsten mit dem Skin, der als die anderen die Diskussion aufgeben hatten, unvermittelt auf ihn einstach und ihn damit umbrachte.

Jungnazis wie der Mörder von Michael Gäbler fühlen sich im Recht und fühlen sich stark genug, jeden und jede, die ihnen nicht passen, umzubringen.

Immer wieder können die Rechtsradikalen feststellen, daß sie "richtig" handeln.

Der Mörder von Michael Gäbler läuft - vermutlich bewaffnet wie schon bislang - frei durch die Stadt Zittau. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft unterstellte ihm Notwehr. "Ein dringender Tatverdacht hat sich nicht erhärtet", so der ermittelnde Görlitzer Oberstaatsanwalt Martin Hinrichs.

Notwehr in diesem Fall bedeutet, daß der Rechtsradikale sich verbal unterlegen fühlte, deshalb erstach er den Antifaschisten. Dies sieht die Staatsanwaltschaft als legimum an.

Bereits vor 2 Wochen hatten Rechtsradikale mehrere Jugendclubs in Zittau überfallen. Die Polizei schritt dagegen nie energisch ein. Stattdessen schiebt der Zittauer Bürgermeister jetzt dem Antifaschismus die Schuld für den Mord zu. Der die Techno-Party organisierende Jugendclub habe auf einem Schild Nazis ausgegrenzt und damit provoziert.

Alleine können wir uns gegen Nazis und andere Rechtsradikale nicht ausreichend wehren: Unterstützung von Seiten des Staates ist nicht zu erwarten.

Nur gemeinsam können wir Nazis zurückdrängen!

Demonstration gegen Faschismus und Rechtsradikalismus

**Samstag, den 10. Dezember 1994 in
Zittau - Stadtzentrum vermutlich
15.00 Uhr**

detailliertere Informationen folgen noch

BERLINER BUSTREFFPUNKT:

8.30 Uhr (morgens)

TU-Berlin Parkplatz

Straße des 17. Juni

U-Bhf. Ernst-Reuter Platz

Fahrkarten gibts bei:

Buchladen Schwarze Kisse

Mehringhof

Gneisenaustr. 2a

Deckt faschistische Aktivitäten auf und organisiert den antifaschistischen Widerstand!

In letzter Zeit häufen sich in Quedlinburg und Umgebung faschistische Übergriffe, die immer brutaler und skrupelloser werden. Die Aktivitäten der Faschisten stehen im Zusammenhang mit der Kader- und Propagandaarbeit von Steffen Hupka. Steffen Hupka ist der militanten bundesdeutschen Naziszene zuzurechnen.

Kurzer Lebenslauf von Steffen Hupka

- 1963 geboren
- 1980-1981 führendes Mitglied einer Wehrsportgruppe in Hannover an der Elsa-Branström-Schule
- 1982 Mitglied der jungen Nationaldemokraten (JN)
- 1983 Beitritt zur ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten) des Michael Kühnen
- nach dem Verbot der ANS/NA Weiterarbeit in den Nachfolgeorganisationen und Nachfolgeverbänden
- seit 1984 Mitglied der HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene)
- ab 1985 Mitglied der NF (Nationalistische Front)

In der 1992 verbotenen NF war Hupka bis zum Sommer 1992 Schulungsleiter Nord, Beisitzer in der "Organisationsleitung" sowie verantwortlicher Schriftleiter des Ideologieblattes "Aufbruch" und der NF-Schulungshefte. Er trat als Mitkäufer des NF-Schulungszentrums in Detmold-Pivitsheide auf und war dort als Verantwortlicher tätig.

Nach der NF-Spaltung (August 1992) wurde ein Großteil der NF-Strukturen in die von Hupka und Pohl gegründete Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA) übernommen. Die Ideologie und Programmatik der SrA mit ihren Vorfeldorganisationen FMJ (Förderwerk Mitteldeutsche Jugend) und später DAM/JF (Direkte Aktion Mitteldeutschland / JF) entsprechen denen der NF. Anfang 1994 entließ die DAM/JF ihre Kaderzellen in die vollständige Autonomie, um einem Verbot zuvorzukommen.

Entsprechende Strukturen traten Anfang 1994 auch in Quedlinburg als "Unabhängiger Arbeitskreis" und "Harzfront" in Erscheinung. Aufgebaut wurden beide Organisationen von dem seit Ende 1993 in Quedlinburg (Mauerstr. 15) wohnenden Steffen Hupka. Beide Organisationen nutzen das von Hupka gemietete Postfach 38 in Quedlinburg. Während ältere Faschisten vorwiegend im "Unabhängigen Arbeitskreis" organisiert sind, engagieren sich die Jungfaschisten hauptsächlich in der militanten "Harzfront". Der "Unabhängige Arbeitskreis" fungiert auch als Sammelbecken von "Rechtsauslegern" bürgerlicher Parteien, wie beispielsweise der ehemaligen NDPD-Blockflöte und jetzigen FDP-Mitglied Wolfgang Symm.

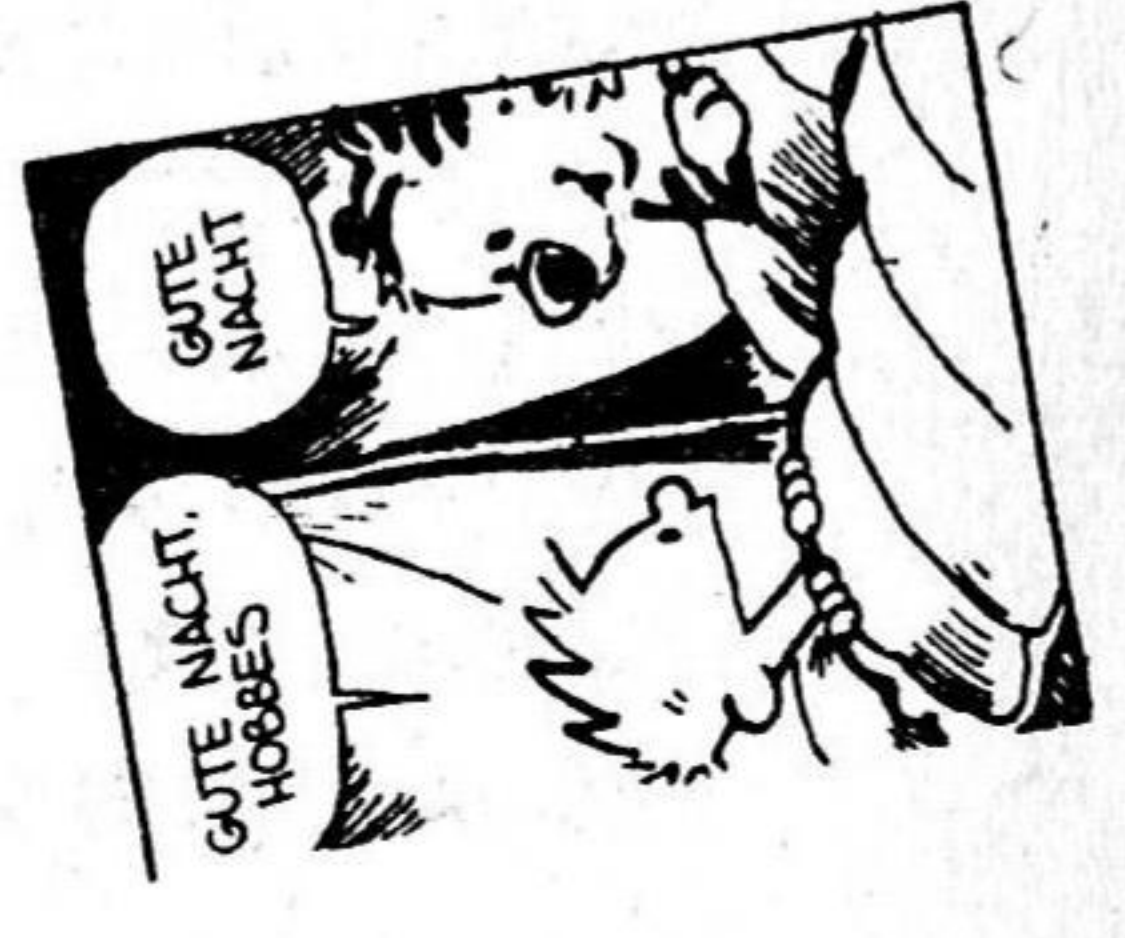
Neben dem Aufbau von Kaderstrukturen und der Schulungsarbeit treten die Mitglieder durch Verteilen von Flugblättern in mehreren Landkreisen und dem flächendeckenden Verkleben von Aufklebern der Marken Landwehr-Verlag, FMJ, P.O.H.L., FAP, NPD usw. in Aktion. Außerdem wird für das nationalrevolutionäre Hetzblatt "Unabhängige Nachrichten" und für den "Schutzbund für das Deutsche Volk" geworben. Darüber hinaus vertreibt Steffen Hupka über das Postfach 323 den unter seiner "Schriftleitung" alle zwei Monate erscheinenden "Umbruch" (Schulungsorgan der SrA). Die jüngeren Aktivisten versuchen ihr menschenverachtendes Gedankengut durch militante Aktionen auch in die Tat umzusetzen. Beispiele dafür sind mehrere Übergriffe auf das hauptsächlich von linksgerichteten und alternativen Jugendlichen besuchte Kulturzentrum "Reichenstraße 1". So griffen etwa 50 rechtsgerichtete Jugendliche im Gefolge der "Harzfront"-Aktivisten am 09. September 1994 das Kulturzentrum an. Gezielt wurden einzelne AntifaschistInnen überfallen, unter anderem wurde am 11. November 1994 ein Antifaschist absichtlich mit einem gestohlenen Fahrzeug angefahren.

Die Gewaltbereitschaft der Quedlinburger Faschisten ist das Ergebnis der kontinuierlichen Aufbauarbeit Steffen Hupkas. Von offizieller Seite wird nichts gegen die Faschisten unternommen und die Existenz von militanten neofaschistischen Strukturen geleugnet.

Irische Schlammschlacht, oder: wer ist hier bekloppt?

- Erwiderung auf die Stellungnahme der FreundInnen Irlands aus Interim Nr. 307 -

Die Diskussion um die Antifa BO und die (M) erreicht ja schon seit geraumer Zeit auf beiden Seiten die Qualitäten einer klassischen Schlammschlacht mit allem was dazu gehört: Schuldzuweisungen, paranoide Verdächtigungen, Angriffe unter der Gürtellinie, sogar Zensurmaßnahmen, d.h. Einsammeln einer Publikation von (M) KritikerInnen durch die (M) - so geschehen in Göttingen. Das Papier der FreundInnen Irlands schlägt in dieser Hinsicht jedoch dem Faß die Krone ins Gesicht: erst einmal wird das verwendete Starkdeutsch (Vokabeln wie "dreist und dreckig" "Counterdreck") kaum adäquat mit Inhalt gefüllt, wo das doch geschieht, sind die dargestellten Fakten schlichtweg falsch. Es beginnt damit, daß die AutorInnen anzweifeln, daß das Papier aus Göttingen stamme; tatsächlich wurde es, bevor es in der Interim erschien, in der "Göttinger Drucksache" zum ersten Mal veröffentlicht, und spiegelt eine Position wieder, die in der Grundtendenz wohl von der weit überwiegenden Mehrheit der autonomen Szene Göttingens geteilt wird, wenn auch nicht in allen Einzelpunkten. Es ist ein sehr bedauerliches Faktum, daß diese Szene in manchen anderen Städten, vor allem Solchen, die weiter von Göttingen entfernt sind, mit der (M) oder über die (M) identifiziert wird, während sich tatsächlich die Frage stellt, inwieweit die (M) überhaupt noch zur Szene gehört. An den meisten Kampagnen, Demos, Aktionen der übrigen Göttinger Szene beteiligt sich die (M) nicht aktiv, insbesondere nicht am antifaschistischen Notruf oder Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge. Umgekehrt werden (M) Demos im Allgemeinen von allen übrigen Göttinger autonomen Gruppen mit Ausnahme der AJF konsequent boykottiert. Der Charakter dieser Demos ist im Allgemeinen ein fast karnevalistisch zu nennender Mummenschanz: einheitliche schwarze Vermummung, schwarze Helme, ein megamilitantes Outfit und de facto gewaltfreie Praxis: OrdnerInnen vor bedrohten Schaufenstern, weiträumiger Vorbeimarsch an den Wohnungen von Faschos, um Auseinandersetzungen zu vermeiden. Fälschlicherweise erscheint die (M) andernorts aber als eine militante Gruppe. Diese verzerrte Außenwahrnehmung ist im Wesentlichen ein Ergebnis der erfolgreichen, professionell betriebenen Öffentlichkeitsarbeit der (M), die durchaus die Züge von Parteiwerbung bzw konventionellem PR annimmt. In dieser Hinsicht sind wohl auch die FreundInnen Irlands der (M) auf den Leim gegangen.



Was das Verhalten der (M) im Zusammenhang mit der Razzia im Rahmen eines 129a) Verfahrens angeht, klopfte diese sich dabei selbst auf die Schulter. Bei aller grundsätzlich gebotenen Solidarität für die Opfer staatlicher Repression können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die (M) sich nicht zu schade ist, die gegen sie gerichteten Verfolgungsmaßnahmen zu ihrer Selbststilisierung zu instrumentalisieren. Es wurde nicht eine Antirepressionsdemo gegen die Göttinger Razzia wegen der Ermordung Halim Deners unter das Motto "Gegen den Staatsterrorismus der BRD" gestellt, sondern umgekehrt eine Solidemo für Halim Dener von der (M) aufgrund der gerade stattgefundenen Razzia inhaltlich auf diese ausgedehnt - was



auch erstmal in Ordnung ist, aber den Eindruck erweckte, die (M) siedle die Todesschüsse gegen Halim Dener und die Repression in Göttingen auf der gleichen Eskalationsstufe an. Was die politischen Inhalte angeht, bewegt sich die (M) objektiv außerhalb der autonomen Diskussion. Sie vertritt ebenso marxistisch-leninistische Theorieansätze, wie sie sich selber in der Tradition des Rotfrontkämpferbundes und der K-Gruppen ansiedelt. Das ist zwar links, aber nicht mehr autonom, jedenfalls, wenn wir diesen Begriff inhaltlich verstehen und nicht im Sinne einer formalen Zugehörigkeit zur parteiunabhängigen Linken und bestimmten Lebensstil- und Bekleidungsfragen. Weder die Schriftenreihe "Autonomie-Neue Folge" noch die damit zusammenhängende Debatte um den sog. Neuen Internationalismus oder die Diskussionen um den Eurozentrismus der westlichen Linken sind der (M) überhaupt bekannt, Die Theoriebildung der (M) vollzieht sich entlang einem althergebrachten KPD-Muster, wobei sich die Gruppe nicht einmal zu schade ist, Orden an verdiente Mitglieder auszuteilen.

Die Frage, wie mit der (M)- Politik umzugehen ist, ob Demoaufrufe der (M) unterstützt werden sollen oder nicht, sollte rational geklärt werden und nicht innerhalb eines von gegenseitiger Anpisse gekennzeichneten, unfruchtbaren Hick-Hacks beider Seiten. Bei aller angebrachten Kritik an der (M) darf eine gesamtlinke Grundsolidarität nicht fallengelassen werden. Dazu trägt ein Papier, das eigentlich nur aus Halbwahrheiten und übler Polemik besteht, wie das der "FreundInnen Irlands", nicht bei. Vielleicht kennen sie sich ja in Irland aus, in Göttingen jedenfalls nicht.

FreundInnen Göttingens

bekennern Innenschreiben

Am 26.11.94 die Wohnung des Neonazis steffen hupka
wir haben in der Nacht vom 25. zum 26.11.94 die Wohnung des Neonazis steffen hupka
in der Mauerstr. 15 in Quedlinburg gelüftet.
es kam uns ein unbeschreiblich brauner Mief entgegen.
steffen hupka wollte zu jener Zeit auf einem Treffen der "sozialrevolutionären Arbeiterfront" (sra)
im Raum Hannover (laut dem von hupka über ein quedinburger postfach vertriebenen Strategie-
organ der sra "umbruch").
hupka war schulungsleiter-nord der 1992 verbotenen "nationalistischen front" (nf), die als sra mit
den vorfeldorganisationen "förderwerk mitteldeutsche Jugend" (fmj) bzw. "direkte Aktion mittel-
deutschland/junge front" fortgeführt wurde.
in quedinburg, wo steffen hupka seit Ende 93' wohnt, hat er die sog. "hartzfront" sowie einen sog.
"unabhängigen Arbeitskreis" gegründet, deren Mitglieder sich an Propaganda- und militänten
aktionen beteiligt haben.

stoppt die faschistische Kaderarbeit im Ostharz und anderswo!
Kampf aller faschistischen Organisationen!
Initiative mehr frischluft gegen braunen Mief



Für die sofortige Freilassung von Andreas!

Am 22. November:
Auf zur Kundgebung an der türkischen Botschaft!!

Andreas und Karen sind seit dem 13. November 1994 in türkischer Haft. Über die genauen Umstände ihrer Verhaftung und die Bedingungen ihrer Haft ist uns auch nach mehr als einer Woche nichts bekannt außer den offiziellen Mitteilungen der "Anti-Terror-Abteilung" der Istanbul Polizei. Danach werden ihnen Kurieraktivitäten für die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, vorgeworfen. Nach diesen Angaben befinden sie sich z.Zt. auf einer Polizeistation in Istanbul. Am Mittwoch, den 23. November 1994 sollen sie dem Haftrichter vorgeführt werden, der über die Fortdauer und die Bedingungen ihrer Haft entscheiden soll. Wir fordern, daß beide noch vor diesem Haftprüfungstermin die Möglichkeit erhalten!

Spendenkonto:
c/o Jan Schulze-Husmann
Kotnr.: 131033441
Sparkasse Bonn
BIZ 380 500 00

Gibt es Meinungsfreiheit in der Türkei ?

Seit mehr als zehn Jahren behauptet die Türkei ein demokratisches Land zu sein. Aber trotz dieser Behauptung erscheint die Türkei an der Spitze der Länder, in denen Menschenrechte am stärksten verletzt werden. An die Stelle der im Namen der Demokratisierung abgeschafften Artikel 141, 142 der Verfassung, die die Meinungsfreiheit verbieten, wird das "Anti-Terror-Gesetz", das einen antidemokratischen Charakter besitzt, angewendet.

Die kurdische Frage bestimmt die Tagesordnung der Türkei und die Türkische Republik führt einen schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk. Meinungsäußerungen über die Medien gegen diese Politik werden laut dem "Anti-Terror-Gesetz" als Terrordelikte und Separatismus definiert und hart bestraft.

Was bedeutet das konkret ?

- * Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften wurden mit dieser Begründung beschlagnahmt und verboten. Über 100 Journalisten, inklusive der Chefredakteure, sitzen im Gefängnis.
- * Die prokurdische Partei DEP (Partei der Demokratie) wurde verboten und acht ihrer Abgeordneten sitzen seit März 1994 im Gefängnis. Für sie wird die Todesstrafe gefordert, andere mußten ins Ausland flüchten.
- * Die Schriftsteller und Publizisten wie Ismail Besiki, Haluk Gerger, Fikret Baskaya, Edip Polat und der Gewerkschaftler Münir Ceylan befinden sich aufgrund ihrer Bücher und Veröffentlichungen in Haft.
- * Die Verleger Nabi Barut und Recep Marasli sitzen aus dem gleichen Grund im Gefängnis
- * Die VerlegerInnen Ayşe Nur Zarakolu, Sirri Öztürk und Selim Okcuoglu, die an der Veranstaltung teilgenommen, wurden vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen.
- * Die verurteilten VerlegerInnen Ünsal Öztürk, Zeynel Abidin Kızılyaprak, Hikmet Kocak, Semra Caralan, Fikret Önbas und Faruk Muhsinoglu kommen demnächst ins Gefängnis.

* Neben der Freiheitsstrafe werden auch hohe Geldstrafen verhängt. Die dann in Freiheitsstrafen umgewandelt werden, wenn sie nicht bezahlt werden können. So muß der Besitzer des Verlags Melsa, İlyas Burak, der seine Geldstrafe nicht zahlen kann, drei Jahre absitzen.

* Vor kurzem wurden auf Druck, der mitregierenden Sozialdemokraten, einige "positive" Änderungen des "Anti-Terror-Gesetzes" beschlossen. Jedoch hat ein konkretes Beispiel bewiesen, daß die Änderungen nichts anderes als Augenwischerei sind: der Verleger und Publizist Mehmet Bayrak wurde nach den Änderungen zu 2,5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Diese aufgeführten Fakten sind die konkreten Beispiele für die Unterdrückung der linken Intellektuellen durch das türkische Regime. Eine internationale Solidarität mit den linken, oppositionellen VerlegerInnen in der Türkei hat bis jetzt nicht stattgefunden.

Wir halten es daher für nötig einen ersten Schritt in diese Richtung zu unternehmen. Wir hoffen, daß Sie sich auch angesprochen fühlen und sich solidarisieren möchten. Wir bitten Sie Interessierte aus Ihrer Umgebung darauf aufmerksam zu machen.

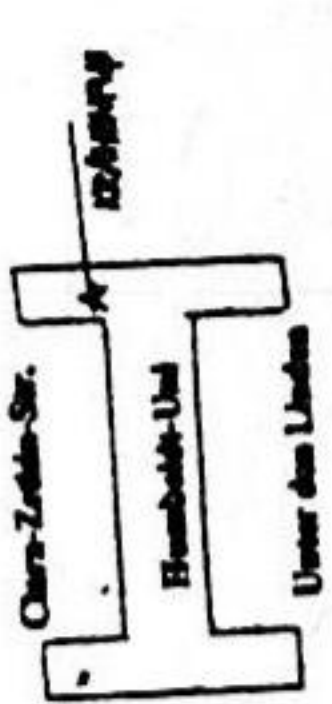
Zu diesem Thema wird es eine Infoveranstaltung und Ausstellung geben
Am 3. Dezember 94
In der TU Berlin im Mathe Gebäude - Ma 004
Zeit: 15 Uhr

Es laden ein: das AusländerInnenreferat der TU Berlin



Bindemittel & Öl

spielen für die verfolgten ANTIFAS
Mittwoch 7.12.94 21.00 Uhr im KEA#ENR#P



Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes in Darmstadt

Der hessische Verfassungsschutz hat am 20.10.94 den Versuch gestartet, einen Menschen aus unseren Zusammenhängen als Informanten anzuwerben. Wir haben uns entschlossen, diesen Versuch zu veröffentlichen, alleine um die Erfahrung denen weiterzuvermitteln, die irgendwann einmal selbst in eine solche Situation kommen könnten.

Während der Demonstration gegen die Kriminalisierung der AG Hanf und PDS am 12.9.94, wurde unser Genosse von einem ca. 25-jährigen Mann namens "Thomas" mit der Frage angesprochen, ob er das hier alles organisiere. Er sei von einem Meinungsforschungsinstitut und führe in dessen Auftrag Interviews über außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen durch. Der Zeitpunkt und das vorgeschobene Interesse waren gut gewählt. Unser Genosse gab ihm seine Telefonnummer, da er ihn in den nächsten Tagen zurückrufen wollte. Tatsächlich rief er in den nächsten Wochen mehrmals vergeblich bei unserem Mitstreiter an. Unter dem Vorwand schlecht erreichbar zu sein, gab er seine Telefonnummer nicht preis. Am 18.10.94 rief er im Laufe des Tages fünf mal bei unserem Freund an, bis er ihn erreichte. Sie vereinbarten einen Termin am 20.10.94 um 11.00 Uhr am Darmstädter Hauptbahnhof, da er sich in Darmstadt angeblich nicht so gut auskenne. Unser Genosse war pünktlich um 11.00 Uhr anwesend. "Thomas" erschien gegen 11.05 Uhr und entschuldigte sich für die Verspätung. Sein Zug sei viel früher angekommen und er sei noch etwas spazieren gegangen. Er schlug vor, für das Interview in das Maritim-Hotel zu gehen, da ihm Mc Donald am Hauptbahnhof zu ungemütlich sei und ansonsten keine Café's offen hätten (*er kennt sich also in Darmstadt "nicht aus"*). Sie sollten sich einfach mal

unterhalten, damit er sehen kann, ob unser Mitstreiter "der richtige Mann" für ihn sei. Über die Kosten bräuhete unser Genosse sich keine Gedanken zu machen, die trage "sein Haus". In der Maritim-Bar angekommen, diskutierten sie kurz über den Begriff "radikaldemokratisch", bevor er unserem Mitstreiter eröffnete, daß er nicht von einem Meinungsforschungsinstitut, sondern vom Innenministerium Hessen, vom Verfassungsschutz sei. Davon überrascht erklärte unser Freund ihm, daß er sich nicht vorstellen könne, sich weiter mit ihm zu unterhalten, da die Aufgabe des Verfassungsschutzes die Kriminalisierung und Zerstörung linker Strukturen sei. Nicht zuletzt hätte er Anteil an der Kündigung unseres Infoladens in Darmstadt. Er beteuerte, daß der Verfassungsschutz keinerlei Interesse an der Zerstörung linker Strukturen hätte, ihn interessiere lediglich die vertretenen Thesen. Mit seiner Aufgabe sei es, die Bildung eines neuen "Führerstaates" bzw. "trotskistischen Führerstaates" zu verhindern. Unser Genosse stellte fest, daß auch er nicht an der Errichtung eines "Führerstaates" arbeite, dies auch nicht plane.

Im Nachhinein betrachtet ist dies natürlich als einfacher Trick zu entlarven; trotz der geschaffenen Abgrenzung und der Gegensätzlichkeit ist es ihm damit gelungen, das Gespräch wiederzubeleben: Der schlimmste Vorwurf an einen Linken ist wohl, er sei an der Errichtung eines Führerstaates interessiert.

Ihm sei von der Ordnungsbehörde und Polizei bekannt, daß unser Mitstreiter eine der "Führungspersönlichkeiten" der linken Szene in Darmstadt sei, schließlich hätte er eine Vielzahl von Demonstrationen angemeldet und Flugblätter verfaßt. *Hier wird deutlich, welche Funktion das Ordnungsamt einnimmt: Zuträgerfunktion für den Staats- und Verfassungsschutz.* Er fragte, wie man denn in eine solche Position komme. *Auch dies ist ein weiterer Versuch, durch Einschmeichelei ein Sympathieverhältnis aufzubauen und dadurch den Fortlauf des Gesprächs zu garantieren.* Unser Mitstreiter würde vom äußerlichen und sprachlichen aus der "Szene fallen", man würde, falls man ihn nicht kenne, keinesfalls erwarten, daß er mit dem Infoladen zu tun haben würde. Ob er nicht glaube, daß er von

uns vorgeschickt werde, damit Demonstrationen und Kundgebungen genehmigt werden? Natürlich verneinte unser Genosse diese Ausbeutungsthese. *Er bot damit die Möglichkeit, sich von den eigenen Reihen abzugrenzen um damit die Situation zu schaffen für ein konstruktives Gespräch in seinem Sinne:* Er könne sich vorstellen, daß sie sich in Zukunft alle zwei Wochen für jeweils zwei Stunden treffen, um sich über den Infoladen und Umfeld "zu unterhalten". Ihm komme es darauf an, über den Infoladen, besonders über die Autonomen "mit ihrer Gewaltbereitschaft", Informationen zu bekommen. Wenn da mal "ein Zigarettenautomat geknackt würde", würde er das nicht an die zuständige Verfolgungsbehörde weiterleiten. "Bei Mord und Totschlag" höre es bei ihm allerdings auf. Unser Freund solle sich das ganze "gut überlegen", sie könnten noch ein Treffen in den nächsten Tagen ausmachen. Wichtig sei aber, egal wie unser Mitstreiter sich entscheide, daß dieses Gespräch unter ihnen bleibe. Er hätte kein Interesse daran, daß unser Freund aus der Szene herausfliege, wenn dieses Treffen bekannt würde. Auch sei das Vertrauen der Szene nachhaltig "getrübt", wenn das bekannt werden sollte. Unser Genosse sagte ihm, daß ihm durchaus bewußt ist, daß er und seine Behörde momentan noch am "längeren Hebel" sitzen würden und fragte, was er denn tun würde, wenn dieser Versuch in zwei Wochen in den regionalen Szenenblättern stehen würde. Es wäre "nur besser" für unseren Mitstreiter, darüber stillschweigen zu waren. Unser Freund beendete das Gespräch an diesem Punkt mit den Worten, daß es bei ihm mit Genossen anschwärzen aufhöre und verlief das Maritim-Hotel.

Wichtig anzumerken ist, daß die des öfteren aufgetretenen Widersprüche in solch einer Situation nur schwer zu erkennen sind.

Hintergrund:

Der Verein zur Förderung von Kultur, Kommunikation und Bildung e.V., trägt seit vier Jahren einen Laden, in dem eine lebhaft diskussion über alle gesellschaftspolitischen Brennpunktfragen stattfindet. Verschiedene Gruppen nutzen diesen Laden; manigfaltige Veranstaltungen zum Thema Rassismus, Faschismus und Kriminalisie-

rung etc. wurden in der Vergangenheit dort veranstaltet.

Nachdem die SPD-Mafia Darmstadts über ihren verlängerten Arm der Wohnungsbaugesellschaft Bauverein, der Vermieter des Ladens, versucht, diese Strukturen zu zerstören, ist dies ein weiterer Versuch, unsere Zusammenhänge zu kriminalisieren.

Auch eine ausgesprochene Drohung für den Fall einer Veröffentlichung hält uns nicht davon ab, dies zu tun und eine Bewertung dieses Anwerbeversuches vorzunehmen. Aus diesem Versuch, linke Strukturen zu bespitzeln, wie auch aus anderen solcher Begebenheiten wird nochmal mehr deutlich, daß es ein gefährliches "Spiel" sein kann, sich auch nur soweit auf ein Gespräch mit dem VS einzulassen.

Insofern auch eine solidarische Kritik an unserem Genossen, der sich aus dem Verlauf des Gesprächs nicht schon früher zum Beenden dieses entschließen konnte.

Insbesondere weil es in den letzten Jahren mehrmals Anwerbeversuche vom VS in unseren Reihen gab, steht fest, daß wir vom VS überwacht werden und immer mit solchen Angriffen rechnen müssen. Das Sicherste ist, solche Gespräche sofort abzubrechen und den Kontakt zu Freunden zu suchen bzw. sich zum Beispiel mit der Buntten Hilfe in Verbindung zu setzen.

Zum Schluß noch eine Personenbeschreibung: Alter ca. 25 Jahre, ca. 183cm groß, schlank, kurze blonde Haare, blaue Augen, akzentfreies hochdeutsch

Kontakt über:
Bunte Hilfe Darmstadt
Binger Str. 10
64295 Darmstadt
Telefon: 06151/367086

Arbeitsgruppe zum Autonomie-Begriff für den Kongress Ostern '95

Die politische Identität vieler von uns, die sich jetzt auf den Kongress vorbereiten, ist davon geprägt, daß sie sich als Teil der "autonomen Bewegung" begreifen oder begriffen haben. **Was verbirgt sich hinter dem politischen Etikett "autonom"?**

1. eine lange Begriffs-Geschichte, die wir nicht abschütteln können:

- Autonomie als Freiheitsbegriff aus der deutschen Aufklärung (Kant), der - bürgerlich-individualistisch uminterpretiert - die Voraussetzung für die Entfaltung des kapitalistischen "freien" Marktes schuf.
- Autonomie als Kampfziel territorialer, oft nationalistisch bestimmter Befreiungskämpfe
- Autonomie als politische Bestimmung der norditalienischen Betriebskämpfe von "autonomia operaia" gegenüber Partei und Gewerkschaften
- Autonomie als Parole, um die antipatrarchalen Kämpfe von Frauen aus der Umklammerung und Instrumentalisierung durch Männerpolitik zu befreien
- Autonomie als Abgrenzung der undogmatischen und spontan organisierten Kräfte gegenüber den Partei-orientierten kommunistischen Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung ab Mitte der 70er Jahre.

In den 80er Jahren sind "die Autonomen" in der Öffentlichkeit teils zum Mythos, teils zum BürgerInnen-Schreck geworden, in den 90er Jahren - nicht unverschuldet - eher zur Karikatur.

2. die Hoffnung auf eine revolutionäre Alternative zu autoritärem Staatsundparteisozialismus und pseudodemokratischer Kapitalherrschaft:

Wir können nicht übergehen, wie der Begriff "Autonomie" im allgemeinen benutzt wird, müssen uns aber auch nicht darauf festlegen lassen. Wir wollen versuchen, seine revolutionäre Sprengkraft freizulegen. Dazu ein paar Thesen:

1. Im allgemeinen Sprachverständnis wird "Autonomie" in erster Linie als **Anspruch auf Unabhängigkeit** verstanden. Das ist aus zweierlei Gründen zu kritisieren: 1. wird der Anspruch als Forderung an die Gegenseite gerichtet, macht diese also zu einer Instanz, die das Recht hat, Ja oder Nein dazu zu sagen, und schreibt damit gerade die Abhängigkeit fest; 2. ist vor allem persönliche Unabhängigkeit in der Bedeutung: Freiheit von sozialen Bindungen und Verpflichtungen, Hauptcharakteristikum des spätbürgerlichen **Individualismus** und Grundlage der totalen **Konkurrenzesellschaft**, die wiederum alle sozialen Beziehungen zerstört.
2. Politisches Terrain für emanzipatorische Bewegung gewinnen wir erst, wenn wir uns ausdrücklich auf den **Ausgangspunkt von Autonomie** beziehen (autonomos = eigengesetzlich). Dem Kampf um Freiheit von Fremdbestimmung muß die Bereitschaft zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung bereits **vorausgehen**, denn die innere Loslösung, die Negation des äußeren Herrschaftsanspruchs, ist Voraussetzung für den Kampf um äußere Freiheit. In dem äußeren Freiheitskampf geht es nur noch darum, den Gegner dazu zu zwingen, die Grenzen, die meine Autonomie ihm setzt, zu akzeptieren. Autonomie ist die Bezeichnung für die Entscheidung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen, ihre Geschicke aus einer Verantwortung für das Ganze heraus selbst in die Hand zu nehmen. Man kann

sie nicht einfordern, man kann sie sich nur selbst nehmen, indem man sie praktiziert.

Wer sich dessen bewußt ist, wartet nicht mehr darauf, daß jemand anderes sagt, wie seine/ihre Probleme zu lösen sind, sondern sucht sich Verbündete und guckt, was man gemeinsam tun kann. Solche Gruppen sind gerade so stark, wie die Bereitschaft der einzelnen Beteiligten, ihre Eigenverantwortlichkeit auch in der Kollektivität beizubehalten.

3. Autonom, also selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelnde

Menschen werden weniger nach **Schuld** als nach **Verursachung** fragen, wenn sie den politischen Kampf gegen Mißstände aufnehmen. Denn von "Schuld" zu sprechen, setzt voraus, daß es eine Instanz oder wenigstens einen absoluten Maßstab für Recht und Unrecht gibt, den alle anerkennen **müssen**. Sie werden sich deshalb nicht so sehr dafür interessieren, wer in einem politischen, sozialen oder auch persönlichen Konflikt die Täter und wer die Opfer sind, sondern dafür, wo jeweils die **eigenen Handlungsspielräume** sind.

Das heißt nicht, andere aus ihrer Verantwortung zu entlassen - sie haben genauso die Konsequenzen für ihre Entscheidungen und Handlungen zu tragen, ob sie das nun wollen oder nicht - aber es heißt, die Veränderung der eigenen Situation nicht davon abhängig zu machen, ob die Appelle und Forderungen von der Gegenseite erfüllt werden.

4. Wenn das Subjekt die letzte entscheidende Instanz ist, kann es keine Welterklärung mit absoluter, für alle verbindlicher Gültigkeit geben. Das müssen wir zugeben, wenn wir ehrlich sind, auch wenn wir es vielleicht einfacher fänden, uns vorzustellen, daß wir auf der Seite der "objektiven und ewigen Wahrheit" kämpfen.

Alle Menschen und Menschengruppen organisieren ihre Interessen und erklären sich die Zusammenhänge aus der Perspektive dieser Interessen. Das festzustellen, heißt nicht etwa, alle Theorien in gleicher Weise für berechtigt zu halten. Wir nehmen Stellung zu ihnen, finden sie absurd, gelogen, Ausdruck irregeleiteter Hirn (dasselbe denken unsere GegnerInnen natürlich von uns!). In erster Linie kennzeichnen wir **unseren politischen Standort** durch die Haltung, die wir zu den Theorien anderer einnehmen. Das ist wichtig, denn daran sind wir zu erkennen; finden Verbündete und werden zu einer politischen Kraft. Insofern ist jeder politische Standpunkt von außen betrachtet (also von einem Punkt, den es nur als Konstruktion gibt) zwar relativ, aber für jedes politische Subjekt (ob Individuum oder Gruppe) trotzdem absolut.

5. Es ist Teil des politischen Kampfes auf der Ebene der Ideologie, wenn Theorien als absolut gültig hingestellt werden und ihre Subjektivität und Interessensgebundenheit verschleiert wird, sodaß dem Gegner nichts anderes mehr übrig bleibt, als sich der scheinbar alleingültigen Welterklärung zu unterwerfen. Die politische Macht, die auf dieser Einschüchterung beruht, bricht in sich zusammen, wenn die Gegner doch entdecken, daß die Theorie nicht der Wahrheit, **ihrer** Wahrheit entspricht, daß es andere Theorien gibt, die ihre Lage besser erklären und sie handlungsmächtiger machen. Ein "autonomes" Verhältnis zu Theorie verträgt sich schwer mit einem einklagbaren Anspruch auf objektive Gültigkeit. Theorie ist der Versuch, Praxis zu begreifen, wobei es zwangsläufig nur um die eigene Praxis, bzw. den eigenen Blick auf die allgemeine Praxis gehen kann. Trotzdem ist Theorie nicht beliebig, weil wir untereinander darüber streiten und sich so ein gemeinsames Verständnis herausbildet. Ein solches gemeinsames Verständnis ist eine wichtige, ja notwendige Voraussetzung, um zu einer gemeinsamen Bestimmung

von politischer Strategie zu kommen, deshalb werden wir natürlich weiter versuchen, andere von unserer Sichtweise der gesellschaftlichen Verhältnisse zu überzeugen.

6. Jede Hierarchisierung von Unterdrückungsverhältnissen (das Patriarchat bedingt den Kapitalismus, oder umgekehrt) ist aus dem genannten Grund nichts weiter als eine Behauptung. Sie stellt den - durchaus berechtigten - Versuch dar, die Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse aus der Perspektive der eigenen Interessen zu ordnen. Wenn sie hilft, sich Mut zu machen, hat sie vielleicht einen Sinn, aber sie liefert eigentlich keinen Beitrag zur **Erklärung** der Verhältnisse. Es ist leicht einzusehen, daß es keine (objektive) Gesamtbewertung der ineinandergreifenden Unterdrückungsverhältnisse geben kann. Und es entspricht nicht autonomem Selbstverständnis, anderen zu sagen, welches das wichtigste Unterdrückungsverhältnis für sie zu sein hat. Nach dem "revolutionären Subjekt" zu suchen, auf das sich der revolutionär kämpfende Mensch beziehen **muß**, wird uns nicht weiterhelfen. Das heißt aber nicht, daß wir nicht immer wieder nach anderen Menschen suchen, die mit uns gemeinsame Interessen haben und mit denen wir zu einer politischen Kraft zusammenkommen.
7. Der stärkere Bezug auf Autonomie als Eigenverantwortlichkeit würde auch unsere ganz konkrete Praxis sehr verändern, und zwar sowohl in der Art, wie wir in gesellschaftlichen Konflikten intervenieren, als auch im ganz direkten und persönlichen Verhältnis untereinander: weniger Versuche, für andere mitzudenken, ihren Widerspruch vorwegzunehmen (sie sind selbst verantwortlich), weniger Warten darauf, daß andere den Karren aus dem Dreck ziehen (ich bin genauso verantwortlich)
8. Der Widerspruch zwischen **Kollektivität und Autonomie** ist nur ein scheinbarer, denn Eigenverantwortlichkeit ist die Basis jeder nicht-hierarchischen kollektiven Struktur. Nur dadurch kann die Aufspaltung in "AktivistInnen" und "Fußvolk" und die Unterordnung einzelner unter ein ideologisches Gesamtkonzept verhindert werden. Und nur so kann die gegenseitige Angewiesenheit, die es in jeder Form von Kollektiv gibt, die oft sogar seine Bedingung ist, zu einer produktiven Größe werden. Eigenverantwortlichkeit heißt eben auch: verantwortlich mit den eigenen Kräften umgehen, Verantwortung abgeben, und die anderen genauso verantwortlich machen. Wir wissen noch nicht, wie das in der Praxis aussehen kann, gerade an dem Punkt gibt es wahnsinnige Schwierigkeiten, aber wir wissen, daß der Konflikt nicht in der Alternative: Autonomie **oder** Kollektivität - gelöst werden kann; das wäre der sichere Weg in die Vereinzelung.

Das sind unsere ersten Überlegungen zu dem Thema, die wir in den nächsten Monaten weiter ausbauen möchten. Wir freuen uns, wenn sich andere daran beteiligen möchten, und sind auch für schriftliche Kritik, Anregungen oder Literaturhinweise dankbar.

I. und L.
Kongress-Ini
c/o Mehringhof
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin



Kritische Theorie und linksradikale Politik

Wir haben in unserer Broschüre die These aufgestellt, daß die theoretische Ursache vieler Fehler in der alten und neuen Politik der RAF in dem Einfluß von Georg Lukács und der Frankfurter Schule zu finden sei. Wir sehen diesen Einfluß insbesondere in der Kategorie der Totalität und im Subjektivismus/Idealismus: In der alten Politik wurde die Herrschaft des Systems zunächst als allumfassend dargestellt und dann als Ausweg aus dieser Totalität der "subjektive Bruch" vorgeschlagen. Damit wird aber übersehen, daß das System eine widersprüchliche Struktur ist, daß es keine Herrschaft ohne Beherrschte und deren (zunächst begrenzten) Widerstandes gibt: keine KapitalistInnenklasse ohne ArbeiterInnenklasse; keine Männer ohne Frauen; keine Weißen ohne Schwarze. Statt in illusionärer Weise nur vom eigenen Bruch mit dem System und dem eigenen revolutionären Willen auszugehen, kommt es deshalb für eine realistische revolutionäre Strategie darauf an, an den erwähnten Widerstand anzuknüpfen und ihn zu radikalisieren. Der Widerspruch besteht nicht zwischen Staat und Gesellschaft, sondern die Antagonismen existieren in der Gesellschaft.

In undialektischer Umkehrung der alten Politik abstrahiert die neue Politik der RAF nun völlig von Herrschaftsverhältnissen und plädiert stattdessen für "vernünftige Lösungen". Der linke Radikalismus ist wieder im Hafen des linken Liberalismus eingelaufen, der schon vor über 150 Jahren in Anknüpfung an den idealistischen deutschen Philosophen Hegel verkündete: "Das Vernünftige soll wirklich werden," ohne zu bedenken, daß die herrschenden Verhältnisse für die Herrschenden durchaus vernünftig geordnet sind. Dieses Programm und diese Ignoranz charakterisieren auch die Frankfurter Schule.

Über den Einfluß der Frankfurter Schule hat die philosophische Tradition des deutschen Idealismus auch die deutsche Linke - nicht nur die RAF, sondern die gesamte sog. undogmatische Linke, von den Autonomen über die neuen sozialen Bewegungen bis hin zu den GRÜNEN - weitgehend geprägt. Wir wollen bei diese Veranstaltungen mit KritikerInnen und VerteidigerInnen der Frankfurter Schule diskutieren, ob es einen wahren und/oder revolutionären Kern im Hegelianismus und der Kritischen Theorie gibt.

Stichwort Hegel:

Der Hegelianismus hat im Marxismus eine höchst unterschiedliche Rolle gespielt. Die reformistische Anpassung der Sozialdemokratie Anfang des Jahrhunderts rief nicht nur die theoretischen und politischen Eingriffe Lenins hervor, sondern - im Kontext (des Abbrechens) des revolutionären Aufschwungs nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg - auch eine linksradikale Strömung in der Kommunistischen Internationale (Georg Lukács u.a.), die sich auf das Hegelianische Erbe berief. Ihr erschien der hegelianische Subjektivismus als probates Mittel gegen die aus dem naturwissenschaftlichen Positivismus abgeleitete, geschichtsdeterministisch-objektivistische, abwartende Haltung der Sozialdemokratie. Danach war es Stalin, der an die selbst evolutionistische Dialektik-Konzeption Hegels anknüpfte, um damit seine These, daß in der Sowjetunion der Klassenkampf verschwinde und die Volksfront-Strategie der KomIntern in den kapitalistischen Ländern philosophisch zu rechtfertigen. Schließlich erfolgte auch die Stalin-Kritik seit dem XX. Parteitag der KPdSU,

im Rahmen eines, diesmal als 'humanistisch' bezeichneten, Hegelianismus. Übersehen wurde dabei, daß schon die stalinische Konterrevolution ihre Praxis mit einer humanistischen Ideologie zu rechtfertigen suchte. Soblich denn auch die Volksfront-Strategie nach dem XX. Parteitag im Kern unangetastet; eher wurde die Integration ins bürgerliche, politische System noch mehr vorangetrieben. Gegen all diese Spielarten des linksradikalen und revisionistischen Hegelianismus, formulierte seit Anfang der 60er Jahre der französische Kommunist Louis Althusser seine These vom wissenschaftstheoretischen Bruch zwischen dem hegelianischen Früh- und wissenschaftlichen Spätwerk von Karl Marx. Er wollte mit seiner strukturalistischen Marx-Lektüre zur Rekonstruktion der revolutionären politischen und theoretischen Praxis beitragen. Die von uns eingeladenen ReferentInnen Manon Tuckfield und Alex Demirovic sind von den Arbeiten Althussters beeinflusst; auch wir beziehen uns in unserer Broschüre gelegentlich auf Althusser.

Wo wird diskutiert?

Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10117 Berlin
S-/U-Bahnhöfe Friedrichstr. und Alexanderplatz

Wann wird diskutiert?

Freitag, den 02.12.1994, ab 17.30 Uhr



Hier die Kurzversion bzw. die erste Seite von dem Bekennerinnenschreiben aus der Nr.308

1-18-183 8.00 Nachb. in Europa
2-015 9.03 Nachbarn 308
1-847-760 9.45 Tele-Gym 2
10.00 heute

VON HEUTE AN KEIN PORNO-PROGRAMM!!!

20
Gri-
R 50



6.00 Trickserie
Ollie / 6.25 S
Schweinche
/ 7.45 Alvin
/ 8.40 Sub

Wir haben heute, den 12.11.1994, im Raum Kassel den Fernsehempfang unterbrochen, indem wir die Elektrizität der Satelliten-Empfangsanlage der telecom angekockelt haben.

Die Telekom verdient sich mit der Vermarktung von Sexualität eine goldene Nase, angefangen beim Telefon-Sex, über BTX, wo selbst Kinder-Pornos angeboten werden, bis hin zu den Satelliten-Sendern, die sich als Porno-Sender einen Namen gemacht haben.

Als RTL vor einigen Jahren mit Pornos und Gewaltdarstellungen anfang, war dies noch ein Tabubruch und sorgte neben entsprechendem Beifall auch für Empörung. V.a. die öffentlich rechtlichen Fernsehsender sahen sich genötigt, sich von dem unseriösen "Schmuddelkind" zu distanzieren, während andere Satellitensender wie SAT1 (später VOX) der Erfolgsspur von RTL folgten. Lange Zeit standen Satelliten-TV - allen voran RTL - für Pornographie und haben mittlerweile neue Normen in der Medienlandschaft durchgesetzt. Auch andere Kanäle haben die angebliche Enttabuisierung von Sex aufgegriffen, und damit zu einem abstumpfenden Gewöhnungseffekt beigetragen. Die Entwicklung geht weiter, die höhere und härtere Pornodosis steht ins Haus, wie die hard-core-pornos (die öffentliche Ausstrahlung ist in Deutschland noch verboten) im pay-tv zeigen. ~~PROFESSOR BRINK~~ was mit Alison passiert ist. ~~Bayern München~~ Schake T. ~~MSV München~~ RTL hat aufgrund des Abstumpfungseffektes diese sogenannten Soft-Sex Filme erstmal abgesetzt, und es dürfte auf der Hand liegen, daß sie nach "Sensationellerem" in diesem Bereich suchen, währenddessen Sat1 weiterhin für die regelmäßige Ausstrahlung dieser Sexfilme am Freitag- und Samstagabend sorgt. Auch an uns merken wir, wie wir abstumpfen, Schulmädchenreports u.ä. nur noch lächerlich finden und erst dann wieder emotionaler reagieren, wenn es um die ausdrückliche Verknüpfung von Gewalt und Sex geht. Doch wir finden es falsch, gegenüber dem roll-back, das in dieser zunehmenden Durchpornographisierung der Medienlandschaft liegt, abzustumpfen und darüber ihre Wirkung zu unterschätzen. Viel zu lange haben wir tatenlos hingenommen, wie dieser Gewöhnungseffekt zur Verharmlosung dessen beiträgt, was da massiv an Frauenverachtung in die Köpfe gehämmert wird. Deswegen haben wir in diese Normalität eingegriffen und für eine Unterbrechung des Porno-streifens gesorgt. Wenn wir dabei auch anderen ihren Fernsehspaß genommen haben, dann tut uns das leid, halten dies aber angesichts der Wichtigkeit des Themas für vertretbar.

Die ständige Konfrontation mit dieser Art Sexualität als Norm, losgelöst von zwischenmenschlicher Sinnlichkeit und verbindlichen sozialen Strukturen, steht im mainstream dieser technischen, beziehungsverarmten Welt: Flexibilisierung und Computerisierung, Sex als Ersatz für Vereinsamung und sinnliche Erfahrung. Computer- Sex bringt die Beliebigkeit der "freien, enttabuisierten Sexualität" auf den Punkt. Die Frau, nur noch körperliche Simulation ihrer selbst, unterliegt vollends dem Willen des Mannes, manipulierbar für sein Lustempfinden, das in der technologischen Konsequenz nur noch der binären Logik: Reiz-kein Reiz folgt.

Mit den Sexfilmen (wie auch in anderen Darstellungen) produzieren und reproduzieren die Medien Herrschaftsmechanismen, indem sie scheinbar neutral die ewige Wahrheit widerspiegeln. Es werden herrschende Sexualpraktiken dargestellt. Die in ihnen enthaltenen, gegen Frauen gerichteten Gewalt- und Machtverhältnisse werden konsequent geleugnet und damit gleichzeitig gerechtfertigt und propagiert. Als Teil dieses Herrschaftsprozesses schlagen die Medien daraus Profit. Sexuelle Vermarktung ist untrennbar verbunden mit patriarchaler Herrschaft, d.h. der Erniedrigung und Verachtung von Frauen. Deswegen greifen wir Pornographie an. Sich an die Durchsetzung von sexueller Vermarktung zu gewöhnen, sie normal zu finden, heißt die dahinterstehende Frauenverachtung mit all der damit verbundenen realen Gewalt oder Gewaltandrohung hinzunehmen.

Die Funktion der Medien bei der Durchsetzung und Propagierung von Herrschaftsmechanismen wird u.E. viel zu sehr vernachlässigt in unseren Diskussionen.

Unsere Aktion zielt auf die privaten Sender, die mit reality-tv, Pornos, Kriegsfilmen und Brutaio-Macho-Horror-Streifen dem Zeitgeist mächtig einheizen.

Die Wirkung dieser Berieselung auf unser Denken und Fühlen wird viel zu wenig hinterfragt.

Das war die Kurzversion!

HOLEN WIR DIE STERNE VOM HIMMEL

»Die Möglichkeit ist nicht geringer als die Verzweiflung«
(Horkheimer)

Der EA ist von FR. 9.12 ab 18UHR
bis Mo. 12.12 8UHR besetzt!
Die Nummer wird noch veröffentlicht
und kann auch am INFO-TELEFON
erfragt werden.

INFO-VOLXKÜCHE: DO. 8.12 19UHR
im FREIRAUM
Mathildenstr.29
ESSEN-rüttenscheid

Polizei befürchtet Terroranschlag beim EU-Gipfel

Neue Einschätzung der Gefahrenlage nach Bekennerbrief — Jetzt schützen 7000 Beamte

Große Mehrheit befürwortet Randalen zum Essener Gipfel



Kontakt: Anti-EU-Koordination
c/o Initiativzentrum Weberstr. 79
45879 Gelsenkirchen

Demoroute:

Willy-Brandt-Platz
Lindenallee
Am Waldhausenpark
Hindenburgstraße
Bismarckstraße
Friedrichstraße
Rüttenscheider Straße
Franziskastraße
Paulinenstraße
Klarastraße
Rüttenscheider Markt (Platz)

Treffpunkt:
IMHOFF GNRH
HUYSENALLEE 53
FREIHERR VON STEIN 209
GRUGAPARK
DAS IST DER BETRIEB, DER FÜR DIE EU-BONZEN KOCHT ETC.



SCHLOSS HUGENROET AUGUST THYSEN STR. 51 ESSEN-KETTWIG
02054/12040
DORT NICHTIGT DIE DEUTSCHE DELIGATION
SCHLOSS LANDEBERG AUGUST THYSEN STR. 1 ESSEN-KETTWIG
02054/9290
DORT GASTIERT DIE FRANZISISCHE DELIGATION
SHERATON HOTEL HUYSENALLEE 55 ESSEN-RÜTTENSCHIED
0201/20751
DORT SIND INSGESAMT 5 DELIGATIONEN UNTERGEBRACHT

INFOTELEFON:

0201/ 781827

ab DO. 8.12 - SO. 11.12

DO. 19-23UHR

FR. 13-23UHR

SA. 7-20UHR

zu diesen Zeiten persönlich
besetzt, sonst Anrufbeantworter

Es wird auf den Anfahrtswegen wahrscheinlich
massive Vorkontrollen geben, also denkt euch
was aus wie ihr Transpis und andere Sachen
sicher nach Essen reinbringt!!!

Bundesweites Vorbereitungstreffen
für Demo und Aktionen
am Sa. 3.12.1994 19:00 Uhr im
Zentrum Druckluft in Oberhausen,
Am Förderturm 27,
direkt hinter dem Hbf.

Programm des „Gegengipfels“, 9. — 11. Dezember 1994

Freitag, 9.12.1994

- Tagsüber Straßenaktionen in Essen: Aktionstag „Greifen wir gemeinsam nach den Sternen“.
- Auftaktveranstaltung zu Gegengipfel und Aktionswochenende: Grundsätzliche Perspektiven der linken EU-Kritik. Eurozentrismus und Neokolonialismus (Samir Amin, angefragt); „Festung Europa“/Flüchtlingspolitik (Gregor Gysi, PDS); „Festung Europa“/Ökoimperialismus und Naturzerstörung (Jutta Dittfurth, Öko-Linke); Neoliberalisierung und europaweite Klassenkämpfe (Winfried Wolf, SoZ-Redaktion). 18—21.00 Uhr, Zeche Carl, E.-Altenessen, Wilh.-Nieswandt-Allee 100.
- Kabarett-Spezial. Neun deutsche Kabarettist/innen mit einem exklusiven Kurzprogramm zur europäischen Integration. 21.00 Uhr, Zeche Carl, s.o.

Samstag, 10.12.1994

- Bundesweite Großdemonstration von der Essener Innenstadt in Richtung Gruga, dem offiziellen Tagungszentrum des EU-Gipfels. 12—13.00 Uhr Auftaktkundgebung, Willy-Brandt-Platz (Hauptbahnhof, Nordausgang); 15—16.00 Uhr Abschlussskundgebung.
- Podiumsveranstaltung: Alternative Positionen zu den Hauptthemen der Essener EU-Ministerratstagung. Ökonomie, Krise und neoliberale Umstrukturierung (Frieder Otto Wolf, Bündnis 90/Die Grünen); Sozialcharta und Perspektiven des sozialen Widerstands (Leo Mayer, Be-

Sonntag, 11.12.1994

- Gegenkongress Perspektiven des Widerstandes und Alternativen für ein Europa der Menschen in vier thematischen Foren:
 - Forum 1: Frieden, umwelterhaltendes Wachstum, Überwindung der Entwicklungsunterschiede in der Welt — Ist die Maastrichter Europäische Union eine Antwort auf die globalen Herausforderungen?
 - Forum 2: Neoliberaler Modernisierungsangriff und Perspektiven der Klassenkämpfe in Europa.
 - Forum 3: Festung Europa: Eurorassismus, Flüchtlingspolitik und die Mobilisierung der Neuen und Alten Rechten.
 - Forum 4: Ökoimperialismus und Naturzerstörung. 10—14.00 Uhr, Zeche Carl, s.o.
- Abschlusssdiskussion des Gegenkongresses zu den Perspektiven linken Widerstands in Europa. 14—16.00 Uhr, Zeche Carl, s.o.
- Weitere Veranstaltungen, u.a. zur Situation politischer Gefangener sowie ein Treffen kommunistischer Parteien.

RUNDREISE VERSCHIEDENER ORGANISATIONEN AUS DEN USA

1990 machten einige VertreterInnen des **Movimiento Liberacion Nacional-Puerto Rico (MLN-PR)** eine Rundreise durch die BRD und einige andere westeuropäische Staaten. In zahlreichen Veranstaltungen informierten sie über die politische und soziale Situation der PuertoricanerInnen auf Puerto Rico und in den USA. Die Kontakte blieben bestehen und angefangene Diskussionen wurden fortgeführt. Aus der alten BRD fuhr eine Gruppe in die USA. VertreterInnen der MLN-PR kamen zum Weltwirtschaftsgipfel in München 1992. Ausgehend von der Debatte um die linksradikale Bewegung hier entstand die Idee eines Gedankenaustausches über die Bedingungen revolutionärer Arbeit in den Zeiten der proklamierten „Neuen Weltordnung“. Alle, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, werden wissen, wie fruchtbar es sein kann, mit GenossInnen aus anderen Gegenden der Welt zu sprechen. Durch andere Blickwinkel kommen eingerostete Denkstrukturen in Bewegung. So wurde in Zusammenarbeit mit den GenossInnen der MLN-PR das Projekt einer neuen Rundreise entwickelt.

Die teilnehmenden Organisationen

Einige Gruppen aus der BRD machten sich daran, ein Konzept für eine Rundreise zu erarbeiten und Kontakte zu knüpfen. Die GenossInnen der **MLN-PR** traten in den USA in Verbindung mit Gruppen, mit denen sie zusammenarbeiten. Es werden nun aus den USA VertreterInnen der **MLN-PR**, der **MLN-Mexico**, der **New African Peoples Organisation (NAPO)** und Angehörige des **American Indian Movement (AIM)** kommen. Allen diesen Organisationen ist gemeinsam, daß sie die USA als einen imperialistischen Siedlerstaat begreifen, in dessen Grenzen es innere Kolonien unterdrückter Völker gibt; neben anderen die Puertoriceños, die Chicanos, die Native Americans und die Schwarzen. Den Kampf, den sie führen, sehen sie also auch als einen antikolonialen Kampf. Als in der weißen US-Ideologie nicht als gleichwertig Anerkannte kämpfen sie um ihre Menschenrechte und setzen gegen die weiße US-Kultur ihre eigene Kultur. Alle Organisationen sind stark engagiert in Community-Arbeit, bauen Stadtteilzentren auf, machen Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsarbeit.

Aus allen 4 Bewegungen sitzen seit Jahren (Jahrzehnten) politische- bzw. Kriegsgefangene in US-Knästen. Sowohl deren Freiheit zu erkämpfen als auch die Freilassung anderer Gefangener aus gegen den US-Imperialismus kämpfenden Gruppen durchzusetzen ist eines ihrer wichtigsten Ziele.

Interessant für uns ist auch der Aspekt, daß es sich um radikale Gruppen handelt, die innerhalb einer Metropole, den USA, arbeiten.



Die Inhalte

Im Folgenden stellen wir kurz Ansatzpunkte für eine Auseinandersetzung vor, die uns wichtig sind, und die wir diskutieren wollen.

Die **Widerstandsbedingungen in den Metropolen** im Zeitalter der „Neuen Weltordnung“. Mit rassistischer Gewalt sind die GenossInnen in den USA ständig konfrontiert. Antirassistische Arbeit ist ein selbstver-

ständlicher Teil ihrer Politik. Hier ist die Linke - bis auf einige Ausnahmen - erst in den letzten Jahren aufmerksam geworden, seitdem es offensichtliche rassistische Morde gibt. Konkrete Diskussionen sind immer wieder schwierig, z.B. wenn es um eigenständige Organisation von MigrantInnen geht.



(Die genannten Organisationen in den USA schließen sich bewußt eigenständig zusammen.) U.a. in diesem Zusammenhang wurde auch das **Konzept der dreifachen Unterdrückung (Triple Oppression)** entwickelt und die Frage diskutiert, wie die Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen Sexismus, Rassismus und Kapitalismus sich gegenseitig stärken und bedingen, und wie sie zu bekämpfen sind. Außer wortgewaltigen Parolen und oftmals nur oberflächlicher Sprachregelung hat sich da aber noch nicht viel getan. Gerade aus den USA sind viele Anregungen von Feministinnen zur Diskussion um **Sexismus** und **Rassismus** gekommen. Die Auswirkungen der Erfahrungen und Debatten in den Organisationen der GenossInnen aus den USA und bei uns kann die Auseinandersetzung an vielen wichtigen Punkten weitertreiben. Damit im Zusammenhang steht auch die Diskussion um den **Nationalismus**. Für die westdeutsche Linke ist Nationalismus ein Synonym für aggressives, imperialistisches Auftreten nach Außen, und für reaktionäres bis faschistisches Vorgehen des Staates und ebensolches gesellschaftliches Klima im Inneren. Damit, zB mit dem Ausbau der „Inneren Sicherheit“, sind auch die GenossInnen aus den USA konfrontiert (neues Antikriminalitätsgesetz). Im Trikont sind **nationale Befreiungskämpfe** mit der wichtigste Moment gesellschaftlicher Veränderung und des Widerstandes gegen den Kolonialismus. Auch die westdeutsche Linke hat sich bis vor Kurzem vor allem an ihnen orientiert. Die Organisationen aus den USA begreifen sich als in dieser Tradition stehend. Von verschiedenen Seiten gibt es Kritik an dem Konzept des Befreiungsnationalismus. Zum Einen das Ineinandergreifen des Konzeptes der Nation mit Kapitalismus und Patriarchat offensichtlich. Siegreiche Bewegungen mit gewonnener Staatsmacht sind heftig, vor allem von Frauen, kritisiert worden.

deren Erfolge während der Dynamik der Kämpfe nach der Machtübernahme grundsätzlich zurückgedrängt wurden. Zum Anderen ist es eine Frage, ob das Streben nach nationaler Befreiung und der Gründung eines eigenen Staates in der heutigen weltwirtschaftlichen Situation (IWF, WB, Multinationale Konzerne) noch sinnvoll ist. Für z.B. die MLN-PR ist der Bezug auf die Nation, die im Kampf gegen die Kolonisatoren geboren wird, ein wichtiger Punkt zur Überwindung des kolonisierten Bewußtseins, also der Übernahme des Blickes des Kolonialisten auf sich selbst. Diese Selbstsicht als minderwertig und der daraus resultierende Selbsthass kann nur durch den Bezug auf eine eigene Kultur in Selbstachtung umgewandelt werden. Ein weiterer Auseinandersetzungspunkt ist die Kritik, -vor allem von Native Americans-, an europäischen Konzepten von Befreiung und Sozialismus. Diese Kritik zielt vor allem auf die europäische Tradition des Materialismus, der ihnen zufolge die Beziehung des Menschen zur Welt zerstört, und den daher kommenden in Europa vorherrschenden Fortschrittsglauben. Bereich der Technikentwicklung der in seinen Ergebnissen die Welt selbst zerstört.



Konzept und Organisation der Rundreise

In den verschiedenen Gruppen, die an der Planung der Rundreise beteiligt sind, haben diese genannten Problemkreise unterschiedliches Gewicht und werden auch unterschiedlich diskutiert. Alle diese Fragen haben jedoch unserer Ansicht nach große Bedeutung in der Weiterentwicklung des Kampfes gegen die Ausbeutung.

Gemeinsam mit den Genossinnen aus den USA darüber zu streiten kann nur von Vorteil sein zur Klärung von Perspektiven. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den bei uns jahrelang praktizierten Internationalismus, der meistens als ein nach Außen gerichteter Akt der Solidarität verstanden wurde, zu verändern und tatsächlich für alle Beteiligte wichtige Fragen gemeinsam zu diskutieren.

Neben Informationsveranstaltungen über die Situation in den USA soll es diesmal verstärkt Raum geben für intensive Diskussionen. Es geht uns um Austausch von Arbeitsansätzen, von Einschätzungen und um die Diskussion von Widersprüchen. Damit wollen wir die Voraussetzung schaffen, um gemeinsame Überlegungen und Entwicklungen zu ermöglichen.

Wandbild im Mehringhof

Im Aufgang 3 des Mehringhofes entsteht zur Zeit ein politisches Wandbild (5. Stock, Eingang LateinamerikaNachrichten, Ökotoxia, FDCL). WandmalerInnen und KünstlerInnen, welche zwischen kulturlosen Politischen und unpolitischen KünstlerInnen nach einer dritten Möglichkeit Ausschau halten, sind eingeladen mal auf einen Plausch reinzuschauen...

Provisorisches Büro für Kunst, Widerstand und Anarchie, am besten vorher anrufen.

c/o: FDCL, Tel. 6934029, Gneisenastr. 2



Die Rundreise wird im Frühjahr 1995 (März, April) stattfinden. Koordination, Planung und inhaltliche Vorbereitung erfolgt durch verschiedene Initiativen in mehreren Städten Ost- und Westdeutschlands. Neben Informationsveranstaltungen in verschiedenen Städte soll möglichst viel Raum für Arbeitstreffen gelassen werden, um diskutieren zu können. Diese Arbeitstreffen werden inhaltlich und organisatorisch in der Verantwortung der einzelnen regionalen Gruppen liegen.



Kontakt:

Da wir davon ausgehen, daß die oben genannten Organisationen hier weitgehend unbekannt sind, haben wir Texte von und zu ihnen zusammengestellt. Sie geben einen Überblick der jeweils eigenen Geschichtsschreibung und ihrer politisch-ideologischen Positionen.

Für Gruppen, die an der Rundreise Interesse haben oder sich an der weiteren Organisation beteiligen wollen gibt es die Möglichkeit diese Texte oder weitere Informationen bei der folgenden Kontaktadresse zu bekommen:

3. Welt AG im Stadtteilforum Linden Nord e. V.
Stärkestraße 15
30451 Hannover
Fax.: 0511 / 665231

SAMS-TAG 3-12-94 AB 22 UHR
RIGAER STR 83
BERLIN-F-HAIN
SAMARITERSTR.

FRIEDELHAFNER

KIEZ-

DISCO

EVEN IF IT KILLS US !!

SOLIDARITÄT MIT DEN ANTI-FAS

Zeuginnen gesucht !

Wer hat auf der Demo am 3.10.1994 eine Rangelei zwischen Bullen und Demonstranten um ca. 15.30 Uhr vor der Staatsoper

beobachtet ?

Es war u.a. ein Afrikaner beteiligt.

Bitte beim EA melden.

Tel.: 6922222

ANARCHISTISCHE BIBLIOTHEK IN MEXIKO

Nach mehreren Versuchen verschiedener Kollektive, eine dauernde Sammlung anarchistischer/ libertärer Publikationen in Mexico-City auf die Beine zu stellen, gibt es jetzt endlich ein Projekt, das ernsthaft damit droht, zu funktionieren. Die im Oktober 93 als Sammelbecken von verschiedenen libertären Jugendgruppen gegründete JAR (Juventud Antiautoritaria Revolucionaria - Revolutionäre Antiautoritäre Jugend), der junge Leute aus verschiedenen Teilen der Stadt und des Umlands angehören, hat jetzt damit begonnen, eine Bibliothek aufzubauen, die einem möglichst grossen Publikum eine möglichst grosse Auswahl von anarchistischer, aber auch Allgemeinliteratur zugänglich machen soll. Der Grundstock für die Bibliothek stammt grösstenteils von den Mitgliedern der JAR oder anderer Kollektive, sowie aus den Beständen der früheren Sammlungsversuche, die alle am fehlenden geeigneten Ort und einer damals noch sehr unreifen Vernetzungsstruktur scheiterten. Mittlerweile gibt es aber einen Raum, der der JAR von einer befreundeten Organisation zur Verfügung gestellt wurde, sowie eine ausreichende Koordination.

Was fehlt sind vor allem finanzielle Mittel, sowohl für die Bibliothek als solche, als auch für andere Projekte und Aktivitäten, aber auch für die Infrastruktur der JAR. Andere Projekte sind z. B. die Einrichtung eines Piratenradiosenders, evtl. in Zusammenarbeit mit anderen, auch nicht-anarchistischen Gruppen. Weiter sind basisorientierte Projekte wie Volksküchen oder selbstorganisierter kollektiver Einkauf und Vertrieb von Lebensmitteln, evtl. auch Hausbesetzungen und die Einrichtung von selbstgeführten Nachbarschaftszentren geplant.

Einige der oben aufgeführten Vorhaben, besonders die zuletzt genannten, sind vielleicht zu diesem Zeitpunkt noch Zukunftsmusik, auch aufgrund der repressiven Situation, der weitverbreiteten (auch in Mexiko) falschen Assoziationen mit dem Begriff Anarchie und der sich daraus ergebenden Ablehnung. Um aber ihre Projekte erfolgreich durchführen und auch ausweiten zu können, braucht die JAR dringend Unterstützung, sei es in Form von Geldspenden, sei es durch Zusendung von Büchern, Zeitschriften, Videomaterial, Kassetten etc., oder sei es nicht-materielle Unterstützung durch Briefkontakt und Austausch von Infos.

Wer sich für das oben gelesene sowie für die allgemeine politische Situation Mexikos interessiert, kann sich an folgende Stellen wenden. Allen SpenderInnen sei im Voraus gedankt.

Postadresse der JAR in Mexiko:

Apdo. Postal #436 (ohne Namen)
C.P. 53001 Naucalpan, México
MEXIKO

Kontakt in Deutschland:

Biblio c/o Infoladen Köln
Ludolf-Camphausen Strasse 36
50672 Köln
tel. 0221/522907

Spendenkonto:

Buchversand P. Walter-Rohata
Postgirc Köln
BLZ: 370 10050
Kto. 232491508
Stichwort: Mexiko

TENDRIAN QUE ANIQUILARNOS
A TODOS...



Y SIEMPRE LES QUEDARA LA
DUDA DE SI NO HABRA QUEDADO
ALGUNO POR AHI QUE VUELVA
A INICIARLO TODO

Die Bestie wurde schwer getroffen

in der nacht vom 19./20.11.1994 haben wir an die facade des gebäudes
außerhalb der weiterstadter knastmauer folgende parole gesprüht:

Freiheit für alle politischen Gefangenen

die bedeutung des weiterstadter knastes wird schon daran ersichtlich,
daß ihn die herrschenden in die kategorie 1, höchste sicherheit, einstuften.
das drückt sich sowohl in der high-tech-architektur, als auch in der
klassifizierung der gefangenen aus:

- a) politische gefangene, die in hochsicherheitstrakten wie z.b. in
stammheim einzeln isoliert werden.
- b) soziale gefangene, die in sog. wohngruppen von ungf. 10-20 menschen
nach ausgeklügelten psychologischen kriterien zusammengelegt werden.
- c) die von der abschiebung bedrohten immigrant/innen, die, aufgrund der
strategisch ausgesuchten lage des knastes, unbemerkt von der außen-
welt und schnell zum rhin-main-airport gebracht werden können.
(FAG finanziell am knast involviert).

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

SOLIDARITÄT MIT DEN INTERNATIONALEN GEFANGENENKÄMPFEN !

DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTAND ORGANISIEREN UND
VORANTREIBEN - ZUSAMMEN - !!!!!

antiimperialistische widerstandszelle hagazussa

schaftt viele widerstandszellen !!!!!

HAGAZUSSA



Der nächste CSD kommt bestimmt - aber wie?

Mit einer eigenen Lesbendemo!!!

Wir, die Lesben der "AG Lesbendemo CSD 95", hatten am 14.11. unser 1. Vorbereitungstreffen nach dem Aufruf. Angenehm finden wir die breite Altersspanne (von Mitte 20 bis Mitte 70) in der bisherigen Gruppe, weniger toll ist, daß es bis jetzt ausschließlich weiße deutsche Lesben sind, die mit uns den Lesben-CSD vorbereiten wollen. Liegt das daran, daß viele schwarze Lesben ihre Energie in die Lesbenwoche gesteckt haben oder daran, daß die aufgeführten Forderungen in unserem 1. Aufruf eher reformistischen Charakter hatten oder...? Wir wüßten das gern und wünschen uns überhaupt viel Feedback von der großen weiten Lesbenwelt.

Also schickt Eure Ideen, (konstruktiven) Kritikpunkte, Meinungen und so an die Adresse unten oder füllt unsere Anrufbeantworterin (31427701) damit oder - und am allerschönsten! - kommt zum nächsten Vorbereitungstreffen, und macht's mit uns zusammen immer besser!!!

Was wir bis jetzt ausgebrütet haben:

Wir begreifen den CSD grundsätzlich als lesbischwulen "Feiertag" - da hatte es wohl Mißverständnisse gegeben... Uns ist dabei wichtig, daß Lesben und lesbische Forderungen noch sichtbar werden. Außerdem wollen wir uns die Fights in gemischten Plena ersparen, weil wir unsere Kräfte gern sinnvoller einsetzen als in ermüdenden Diskussionen zu strukturellem Sexismus. Wie läßt sich das alles unter einen Hut kriegen?

Wir stellen uns einen Sternmarsch von allen - wieviel werden's wohl diesmal sein? - CSD-Demos mit einer gemeinsamen Abschlussumgebung vor. Ansprechen wollen wir dafür zuerst das uns näherstehende "Aktionsbündnis Internationaler CSD". Wir wollen dann einen eigenen Lesbenzug gestalten. Die Lesbendemo soll so aussehen, daß die Vorbereitungsgruppe sich Forderungen überlegt und diese u.a. auf Transpis darstellt, während der "Rest" der Demo als Plattform für Projekte, Gruppen, Einzelpersonen...gedacht ist. Wir wollen damit dem beliebten "Irgendeine wird schon irgendwas mitbringen." entgegenwirken. An dieser Stelle sind interessierte Projekte und so aufgerufen, zu uns Kontakt aufzunehmen!

Das war's erstmal... Wir werden Euch ständig über unseren Entwicklungsprozeß auf dem laufenden halten - achtet auf Artikel, Aushänge, Flugis..., und vor allem:

Kommt zum Vorbereitungstreffen

für eine starke, lustvolle und leidenschaftliche

CSD-Lesbendemo 1995!

am Montag, 16.1.1995 um 20.00 Uhr

im Referat für Lesben, Schwule, Bi- & Transsexuelle

autonom im AStA TU (im 3.Stock)

Marchstr. 6 (hinter'm Mathegebäude), U-Bhf Ernst-Reuter-Platz

-verzapft von Bettina für die Lesben der AG Lesbendemo CSD 95-



Der ASP (ABenteuerspielplatz) im Berliner Bezirk Friedrichshain Kreuzziger/Ecke Boxhagenerstr., existiert seit 4 Jahren. Entstanden ist er aus Eigeninitiative von Anwohnern und BesetzerInnen aus der Kreuzzigerstr. (paralleler Straße zur Mainzerstr.).

Trotz zahlreichen Verhandlungen und Peaceaktionen mit und ohne Kinder bei Bezirksversammlungen und Wohnungsbaugesellschaft und Zusicherungen der verantwortlichen Politiker, wurde die Fläche des ASPs and die Charlottenburger WOHNUNGSBAUGESSELLSCHAFT COMMERCIAL, BLEIBTREUSTR. 24, verkauft. Die will das Gelände jetzt bebauen und fordert die Räumung (Räumungsbegehren vom 1.12.94 bis 11.12.94).

Da keines der acht (8) Häuser (zwei Häuser hatten Verträge, bekommen auch wieder Verträge, da rechtswidrige 3-Jahres-Verträge) der Kreuzziger Verträge hat(außer n'paar Einzelmietverträge) wissen wir nicht, ob es nur? beim Spielplatz bleibt:

Wir fordern eine Ersatzfläche (wurde 91 mit BVV-Beschluß zugesichert), und wollen dafür sorgen, nicht sang-, spaß- und kampfflos abgeräumt zu werden.

DAFÜR BRAUCHEN WIR UNTERSTÜTZUNG!!!
Leute, verhaltet Euch, spontan und gleichzeitig, wo immer Ihr seid

Achtet auf Bürgerpresse!

Kontakt: Spielplatz, Kreuzzigerstr. 19, 10247 BERLIN,
Tel. 580 2407 (030)

NA, IMMER NOCH LANGWEILIG???

Wer das verpennt,
kann liegen bleiben!



termine

donnerstag, 1. dez.

21.00 FrauenLesbenAbend im CLASH, Uferstr.13 im Wedding

freitag, 2. dez. kritische Theorie-Diskussion (→im Heft)

20.00 Vollversammlung zu EU-Demo in Essen - Mehringhof/Versammlungsraum

20.00 Video: "Aufstand alter Männer" USA 1987 von v. Schlöndorff - einige ältere schwarze Südstaaten-Farmer proben den Aufstand! Im CLASH, Uferstr.13 im Wedding

samstag, 3. dez. Kiezdisco in der Rigaerstr. (→im Heft)

18.00 Freilassung aller politischen Gefangenen! Diskussionsveranstaltung mit Video von den FreundInnen Irlands und der Gruppe "wir bleiben dran" im Paradox, Reichenbergerstr. 58

sonntag, 4. dez.

19.00 Essen im EX

20.30 ebenda video: "Grüne Tomaten"

20.00 Agenten des CIA und anderer westlicher Geheimdienste? Internationale Beziehungen der DDR-Opposition. Referat von Wolfgang Rüdtenklaus in der Umweltbibliothek Schliemannstr. 22 im Prenzelberg

montag, 5. dez.

17.00 "das schwule Überfall Telefon"- stellt seine Arbeit der letzten 4 Jahre vor. im Antifa-cafe Wedding in der Osloer Fabrik, HH Aufgang B, 2. Stock Osloerstr./Prinzenallee

19.00 "20 Thesen für einen erneuerten Linksradikalismus"- Vortrag und Diskussion im Abendrot, Mariannenstr./Paul-Linke Ufer

20.00 video: "Schwabinger Krawalle"- Bericht über den Ausgangspunkt der späteren 68er- Bewegung in der Umweltbibliothek Schliemannstr. 22 im Prenzelberg



dienstag, 6. dez.

19.00 Kiezküche und Film: "Off your knees"- über Widerstand im britisch besetzten Teil Irlands, im Tommy Weissbecker Haus, Wilhelmstr.9 in Kreuzberg

20.00 "Asyl-los"- das neue europäische Haus - Vortrag von Rainer Leffers und Diskussion über die Festung Europa im Cafe des Hauses der Demokratie, Friedrichstr. 165

20.00 video: "Die Tapferkeit des Idealisten" über Ernst Toller im El Locco, Kreuzbergstr.43

mittwoch, 7. dez

18.00 Anarchistische Bedürfniswirtschaft - Referat und Diskussion über Staats und Geldkreislauf und Utopie der Linken im El Locco, Kreuzbergstr.43

21.00 Musikvideo im CLASH: "The Cure Picture Show", UK 1991; im CLASH, Uferstr.13 im Wedding

21.00 Bindemittel aus Öl spielen für die verfolgten Antifas im Krähenfuß, Cafe in der Humboldt-Uni, Unter den Linden, Zugang von der Clara-Zetkinstr.



donnerstag, 8. dez.

21.00 FrauenLesbenAbend im CLASH, Uferstr.13 im Wedding

samstag, 10. Dezember - Anti-EU-Demo in Essen

sonntag, 11. dez.

20.00 Kulturopposition der siebziger Jahre in der DDR. Referat von Michael Meinicke in der Umweltbibliothek Schliemannstr. 22 im Prenzelberg

21.00 video: "Delikatessen" von Jean-Pierre Jeunet im CLASH, Uferstr.13 im Wedding

donnerstag, 15. dez.

21.00 FrauenLesbenAbend im CLASH, Uferstr.13 im Wedding



Bargeld für alle

Einkauf von Lebensmitteln aus den Berliner Flüchtlingswohnheimen

Vor einem Jahr trat das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft. Kurz zusammengefaßt hat es für einen großen Teil der hierher geflohenen Menschen zu Folge:

- starke Einschränkungen im Recht auf eine medizinische Versorgung,
- die Möglichkeit, zu Arbeit für DM 2,- pro Stunde verpflichtet zu werden, und
- Sachleistungen statt Sozialhilfe, abgesehen von DM 80,- pro Monat Taschengeld.

Das Sachleistungsprinzip wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich umgesetzt. In Berlin ist es z.B. so, daß in mindestens zwei großen Heimen bargeldlos (für DM 264,- im Monat) in einem heimeigenen Laden eingekauft werden muß. Die Preise in dem Laden sind teilweise überteuert, das Personal nicht besonders freundlich, die HeimbewohnerInnen auf die begrenzten Öffnungszeiten, die Einkaufsbedingungen und das Warenangebot dieses einen Ladens angewiesen. Von DM 80,- Taschengeld können keine AnwältInnen und andere (für das Asylverfahren notwendige) Ausgaben bezahlt werden. Dies alles bedeutet weitere Entmündigung und Rechtlosigkeit für die Flüchtlinge. Viele HeimbewohnerInnen versuchen deshalb irgendwie, an Bargeld heranzukommen.

Eine Möglichkeit, dies zu unterstützen, wäre es, den BewohnerInnen Waren aus dem Laden zum Einkaufspreis, (z.B. 500g Jacobs-Kaffee für DM 10,- !) abzukaufen.

Wir können dieses Gesetz, das Teil eines zunehmend offensiver und rücksichtsloser auftretenden Rassismus in der BRD ist, weder heute noch morgen kippen. Was wir tun können, ist aber zweierlei: die Profiteure, Verantwortlichen und Ausführenden solcher Regelungen zu behindern und den Alltag der Flüchtlinge durch praktische Unterstützung etwas menschenwürdiger zu gestalten. Beides sollte nicht ohne das andere geschehen!

Da wir selbst nicht über die Massen an Bargeld verfügen, wollen wir die aufgekauften Waren (das werden hauptsächlich Kaffee, Tee, Schokolade, Waschpulver und Speiseöl sein) an Euch weiterverkaufen.

Deshalb findet (zunächst probeweise)
am **Sonntag, dem 11. Dezember 1994**
von **14.00 bis 19.00 Uhr**

im **Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16 im Wedding**
ein **An- und Verkauf von Waren aus den Heimen** statt.

Wenn wir die Waren nicht loswerden, können wir auch nur begrenzt aufkaufen. Daher hoffen wir, daß viele den Weg in den Wedding finden.

Ansonsten fordern wir nach wie vor:

UNGEKÜRZTE BARAUSZAHLUNG (MINDESTENS) DER SOZIALHILFE!
ABSCHAFFUNG DER RASSISTISCHEN AUSLÄNDERINNENGESETZGEBUNG!

*Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz,
c/o Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin*